

Inhaltsverzeichnis

1. Krauss-Maffei Wegmann	
2. Rheinmetall	
3. EADS	
4. Atlantic Council	
5. EUTOP	
6. Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie	
7. Förderkreis Deutsches Heer	
8. Wirtschaftsbeirat Bayern	
9. Wirtschaftsrat der CDU	
10. Wirtschaftsforum der SPD	

Krauss-Maffei Wegmann

Die **Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co KG** (KMW) ist eines der größten deutschen Rüstungsunternehmen und neben **Rheinmetall** einer der Hauptlieferanten für die Bundeswehr im Bereich von Heereswaffen.^[1]

2015 fusionierte KMW mit dem französischen Rüstungsunternehmen **Nexter S.A.**, welches im Alleineigentum der französischen staatseigenen GIAT Industries S.A. Holding stand.^[2] An der neu gegründeten Holding mit dem Namen **KNDS - KMW + Nexter Defense Systems** mit Sitz in Amsterdam sind die GIAT Industries und die damalige KMW-Eigentümerin Wegmann Unternehmens-Holding GmbH & Co. KG mit je 50 % beteiligt.^[3]

Teil von kritischen Berichten wurde der Konzern immer wieder im Zusammenhang mit dem Verkauf von Waffen in Konfliktgebiete^[4], aber auch wegen ausgeprägter Lobbyarbeit von KMW (und anderen Rüstungsunternehmen wie **EADS**) im Rahmen der Verhandlungen um die Unterstützung der Bundesregierung beim Export des Kampfpanzers Leopard II nach Saudi-Arabien in den Jahren 2010–2012.^[5]

Krauss-Maffei Wegmann



Branche	Sicherheit und Rüstung
Hauptsitz	München
Lobbybüro	
Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	http://www.kmweg.de/

Inhaltsverzeichnis

1 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	3
2 Leitungsgremien	4
2.1 Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co KG	4
2.2 KNDS	4
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	4
4 Fallbeispiele und Kritik	5
4.1 Zahlungen an zwei ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete	5
4.2 Razzia wegen Verdacht auf Steuerhinterziehung	5
4.3 Schmiergeldzahlungen	6
5 Geschichte	6
6 Weiterführende Informationen	6
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
8 Einzelnachweise	6

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Für das [Geschäftsjahr 2020](#) legte der Konzern KNDS, in dem sich Kraus-Maffei Wegmann und Nexter zusammengeschlossen haben, einen konsolidierten Auftragsbestand im Rekordwert von 10.06 Milliarden Euro vor. Zu den großen Aufträgen gehört ein Update für die 322 FENNEK-Fahrzeuge des niederländischen Heeres, 24 Leguan-Brückenleger für die deutsche Bundeswehr, 42 JAGUAR-, 271 GRIFFON-, und 364 SERVAL-Fahrzeuge sowie Support und Serviceleistungen für die französische Armee sowie CAESAR-Geschütze für einen Export-Kunden. Dabei erwirtschaftete der Konzern einen Umsatz von 2,4 Milliarden Euro. Die Belegschaft wuchs auf 8.270 Mitarbeiter an.^[6]

Im Jahr 2022 erwirtschaftete KNDS laut dem [Stockholm International Peace Research Institute](#) (SIPRI) einen Umsatz von 3,36 Milliarden US-Dollar mit Rüstungsgütern. Im Ranking der größten Waffenherrsteller der Welt belegte KNDS 2022 damit Platz 44.^[7]

Die Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG ist über die folgende Konstruktion ein Unternehmen der KNDS mit Sitz in Amsterdam (Stand: 01/2024). Kommanditistin der Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG ist die Honosthor KMW Holding GmbH, deren alleinige Gesellschafterin die KNDS ist.^[8] Geschäftsführer der Honosthor KMW Holding GmbH sind Ralf Ketzel und Frank Haun. Die Geschäftsführung und Vertretung der Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG übt die Krauss-Maffei Wegmann Verwaltungs GmbH aus. An der KNDS ist die Wegmann Unternehmens-Holding GmbH & Co. KG mit 50 % beteiligt, deren Kommanditisten 28 Personen mit Einlagen in unterschiedlicher Höhe sind. Geschäftsführer der Holding sind Frank Haun und der Kommanditist Stephan Bode. Die Kommanditisten und ihre Beteiligungshöhe sind über das [Gemeinsame Registerportal der Länder](#) unter Amtsgericht München Nummer HRA 110741 abrufbar.

Die Tochterunternehmen sind:

- ATM Computer Systeme GmbH
- BTD Battl Tank Dismantling GmbH
- DSL Defence Service Logistics GmbH
- DST Defence Service Tracks GmbH
- Hellenic Defence Vehicle Systems Single Member S.A.
- KMW Asia Pacific Pte. Ltd.
- KMW do Brasil Sistemas de Defesa Ltda.
- KMW Hungary Kft.
- KMW Schweißtechnik GmbH
- Wegmann USA Inc.
- WFEL Ltd.^[9]

Krauss-Maffei Wegmann hat 2012 den weltweiten Marktführer für mobile Brückensysteme WFEL aufgekauft.^[10] 2015 fusionierte Krauss-Maffei Wegmann mit dem französischen Rüstungsunternehmen Nexter.^[11] Im Dezember 2023 haben KNDS und der italienische Rüstungskonzern Leonardo die Bildung einer strategischen Allianz angekündigt, die dem Ausbau der Zusammenarbeit beim Bau von Kampfpanzern dienen soll.^{[12][13]}

Leitungsgremien

Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co KG

Geschäftsführer sind^[14]:

- [Ralf Ketzel](#) (CEO)
- [Markus Helm](#) (CFO)
- [Dr. Ing. Axel Scheibel](#)
- [Florian Hohenwarter](#)

KNDS

[Frank Haun](#) ist CEO der Konzernholding KNDS. Die weiteren Mitglieder des „Board of Directors“ und des „Executive Committee“ sind [hier](#) abrufbar. Er ist weiterhin Geschäftsführer der Wegmann Unternehmens-Holding GmbH & Co. KG und der Honosthor KMW Holding GmbH sowie Mitglied der Münchner Sicherheitskonferenz und des „International Advisory Board“ des [Atlantic Council](#).

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Im Jahr 2022 beliefen sich die Ausgaben von Krauss-Maffei Wegmann für Lobbyarbeit in Deutschland auf 500.001-510.000 Euro.^[15] Im EU Transparenz-Register gibt KMW an, 2022 zwischen 100.00 und 199.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben.^[16] Mit der Lobbyarbeit ist [EUTOP](#) beauftragt worden.

KMW ist Mitglied in den folgenden Organisationen (Auszug):

- [Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft](#)
- [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#)
- [Förderkreis Deutsches Heer](#)
- [Ghorfa Arab-German Chamber of Commerce and Industry](#)
- [Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer](#)
- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)

In dem Zeitraum zwischen den Jahren 2010 und 2012 pflegte KMW intensive Kontakte zum Außen- und Wirtschaftsministerium. Hintergrund war dabei Frage, ob die Bundesregierung Exporte des Kampfpanzers Leopard II nach Saudi-Arabien unterstützt. In dieser Zeit besuchte KMW-Geschäftsführer Frank Haun wiederholt hohe Beamte der beiden Ministerien.^[17]

Bei Exportgenehmigungen müssen sowohl das Außen- als auch das Verteidigungsministerium zustimmen. Der Stern bezieht sich auf eine 27 Seiten umfassende Aufstellung von Kontakten zwischen Rüstungsunternehmen und Ministerien, die auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz erstellt wurde. Die Liste führt hierbei vier Treffen zwischen Haun und Staatssekretären des Auswärtigen Amts auf, sowie drei weitere im Wirtschaftsministerium. Zudem waren bei einer Begegnung mit dem damaligen Außenminister Guido Westerwelle (FDP) neben Haun auch weitere Vertreter des [Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#) (BDSV) anwesend.^[17]

Fallbeispiele und Kritik

Zahlungen an zwei ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete

In einem Zusammenhang mit Geschäften von Krauss-Maffei Wegmann (KMW) in Griechenland kam im Mai des Jahres 2014 heraus, dass zwei ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete ein Honorar von KMW erhalten hatten. Demzufolge hatte der Rüstungskonzern einer Beratungsgesellschaft der ehemaligen Abgeordneten in den Jahren von 2000 bis 2005 mehr als fünf Millionen Euro gezahlt.^[18] Entdeckt wurden die Zahlungen bei einer internen Untersuchung zu zwei Panzergeschäften. Anlass der Prüfung, die von KMW selbst in Auftrag gegeben wurde, waren mutmaßliche Schmiergeldzahlungen bei Geschäften mit Griechenland.^{[19][20]}

Die Aufdeckung der Zahlungen an die langjährigen SPD-Politiker bei den KMW-internen Untersuchungen zu den Panzergeschäften erweckt laut der „Süddeutschen Zeitung“ den Verdacht, dass mit diesen Mitteln in Millionenhöhe Einfluss auf die Auftragsvergabe in Athen genommen wurde.^[21] Der Konzern hat im vergangenen Jahrzehnt für fast zwei Milliarden Euro Leopard-2-Panzer und Panzerhaubitzen nach Athen verkauft. Die Anbahnung und der Abschluss der Panzer-Deals fallen vor allem in jene Jahre, in denen laut Untersuchung die beiden SPD-Politiker Dagmar Luuk und Heinz-Alfred Steiner über eine Firma namens „Büro für Südosteuropaberatung“ (BfS) ein Millionen-Honorar für Beratung von KMW bekamen.^[22] Ferner wurde berichtet, dass die beiden SPD-Leute nach ihrer Zeit im Parlament über ihre gemeinsame Beraterfirma lukrative Verträge mit KMW abgeschlossen hatten. In diesen verpflichtete sich das Unternehmen im Falle eines Verkaufs der Panzerhaubitze nach Griechenland drei Prozent Erfolgshonorar auszuzahlen.^[23]

Dagmar Luuk war von 1980 bis 1990 Mitglied des Bundestages. Während dieser Zeit war sie Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentarier-Gruppe und verfügte damit bereits früh über gute Kontakte nach Griechenland, insbesondere zur sozialdemokratischen Partei Pasok. Die Kontaktverbindungen hielten sich zudem nach ihrer Zeit als Abgeordnete langezeit aufrecht.^[24] Heinz-Alfred Steiner, früherer Parlamentskollege und Parteifreund von Luuk, saß von 1980 bis 1994 im Bundestag. Der frühere Bundeswehrhauptmann war zeitweise Vizechef des Verteidigungsausschusses.^[24] Kritik an den Zahlungen wird unter anderem von dem Rüstungsexperten Jan van Aken der Linksfraktion im Bundestag geäußert: „Gabriel muss das jetzt schleunigst aufklären, denn die beiden waren für die SPD im Bundestag und haben möglicherweise Wissen oder Verbindungen aus dieser Zeit für einen Waffendeal benutzt“.^[25]

Razzia wegen Verdacht auf Steuerhinterziehung

Im November 2014 gab es mehrere Hausdurchsuchungen; es wurde einem Verdacht auf Steuerhinterziehung nachgegangen. In dem Zusammenhang wurde berichtet, dass in Griechenland mehrere Mittelsmänner gestanden hätten, unter anderem im Namen von Krauss-Maffei-Wegmann Bestechungssummen gezahlt zu haben. Im Dezember 2014 sollen entsprechende Verfahren von der griechischen Justiz aufgenommen werden.^[26]

Seit Mitte Januar 2015 sitzt ein ehemaliger Manager von Krauss-Maffei Wegmann in Untersuchungshaft. Ihm wird vorgeworfen zwischen 2002 und 2004 mehr als 1,1 Millionen Euro aus Rüstungsgeschäften erhalten und diese nicht versteuert zu haben. Das Geld stammt aus einem Geschäft zwischen KMW Deutschland, KMW Griechenland und dem Athener Verteidigungsministerium. Der ehemalige Manager soll um die 490.000 Euro in Bar erhalten haben. Das restliche Geld soll nach Angaben der Polizei auf seine Schweizer Konto überwiesen worden sein.^[27]

Schmiergeldzahlungen

Im Zusammenhang mit den Verkäufen von 170 Leopard 2 Panzern nach Griechenland für insgesamt 1,7 Milliarden Euro soll Schmiergeld geflossen sein, wie die *Süddeutsche Zeitung* unter Berufung auf die Aussage eines griechischen Spitzenbeamten gegenüber der griechischen Staatsanwaltschaft berichtete. Der Beamte des Wirtschaftsministeriums gab zu, für Waffenverkäufe, unter anderem aus Deutschland, insgesamt acht Millionen Euro an Schmiergeld erhalten zu haben.^[28]

Für das Geschäft mit KMW soll er von einem griechischen Vertreter des Rüstungskonzerns allein 1,7 Millionen Euro erhalten haben.

Die Vorwürfe zu dem vom 20.03.2003 datierten Kaufvertrag wurden von KMW bestritten. ^[29]

Geschichte

Krauss-Maffei Wegmann entstand 1999 aus einer Fusion der beiden Unternehmen Krauss-Maffei AG und Wegmann & Co.^[30] Die Fusion selbst erfolgte dabei, abseits von der öffentlichen Wahrnehmung, in einer Art Geheim-Deal.^[31]

Die Gründungsunternehmen von KMW, Kraus-Maffei und Wegmann & Co., welche im Bereich des Lokomotiven- und Zuggerätebaus beschäftigt waren, wandten sich während der NS-Zeit der Produktion von Militärgeräten hin und wurden unter Verwendung tausender Inhaftierter aus Konzentrationslagern als Zwangsarbeiter zu den führenden Waffenproduzenten.^[32]

Im Sommer 2011 rückte das Unternehmen infolge eines möglichen Verkaufs von Leopard-2-Panzern nach Saudi-Arabien verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit.^[33]

Weiterführende Informationen

- [The SIPRI Top 100 arms-producing and military services companies, 2022](#)
- [Tödliche Deals: Deutsche Waffen für die Welt, Doku über Waffen Teil 2 \(KMW-Geschäftsführer Frank Haun gibt für diese Dokumentation exklusiv und zum ersten Mal ein Fernsehinterview\)](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Top5 - Die größten deutschen Rüstungskonzerne im Vergleich](#), abgerufen am 30.06.2014.
2. ↑ [KNDS - KMW + Nexter Defense Systems History](#)], knds.com, abgerufen am 04.01.2024
3. ↑ [Structure](#), knds.com, abgerufen am 04.01.202
4. ↑ [Leopard 2 rollen nach Syrien: Türkei setzt deutsche Panzer ein](#), ntv.de vom 22.01.2018, abgerufen am 17.01.2022.
5. ↑ [Schwarz-Gelbe Vorgängerregierung Rüstungslobby ging "ein und aus"](#), Stern.de Blog von Hans-Martin Tillack vom 14.04.2014, abgerufen am 26.06.2014.
6. ↑ [KNDS records another successful business year](#), PM vom 14.06.2021, abgerufen am 04.01.2024.

7. ↑ [SIPRI Arms Industry Database](#), abgerufen am 04.01.2024
8. ↑ [Eintrag im Handelsregister des Amtsgerichts München](#), Abruf vom 05.01.2024
9. ↑ [Webseite von KNDS](#), abgerufen am 04.01.2024
10. ↑ [Panzerbauer kauft Brückenhersteller](#), Handelsblatt vom 23.05.2012, abgerufen am 01.07.2014
11. ↑ [Fusion: KMW und Nexter bilden Rüstungsriesen](#), Spiegel Online vom 29.07.2015, abgerufen am 04.01.2024
12. ↑ [KNDS AND LEONARDO FORM STRATEGIC ALLIANCE](#), knds.com vom 13.12.2023, abgerufen am 18.01.2024
13. ↑ [Leonardo will mit KNDS neuen Panzerbauen](#), handelsblatt.com vom 15.12.2023, abgerufen am 18.01.2024
14. ↑ [Impressum KNDS](#), knds.de, abgerufen am 04.01.2023.
15. ↑ [Lobbyregister Deutscher Bundestag](#), abgerufen am 04.01.2024
16. ↑ [Transparency Register \(EU-Lobbyregister\)](#), abgerufen am 04.01.2024
17. ↑ ^{17,017,1} [Schwarz-Gelbe Vorgängerregierung Rüstungslobby ging "ein und aus"](#), Stern.de vom 14.04.2014, abgerufen am 27.06.2014
18. ↑ [SPD-Politiker kassierten bei Panzerdeal](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 19.05.2014, abgerufen am 16.07.2014
19. ↑ [Griechischer Ex-Spitzenbeamter gesteht Schmiergeld-Deal um deutsche Panzer](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 28.12.2013, abgerufen am 16.07.2014
20. ↑ [Schmiergeldskandal: Griechischer Ex-Vertreter von Panzerkonzern KMW verhaftet](#), Spiegel Online vom 30.12.2013, abgerufen am 16.07.2014
21. ↑ [SPD-Politiker kassierten bei Panzerdeal](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 19.05.2014, abgerufen am 16.07.2014
22. ↑ [Panzerdeal setzt Gabriel unter Druck](#), Handelsblatt.com vom 19.05.2014, abgerufen am 04.01.2024
23. ↑ [Wegen Panzer-Deal mit AthenKorrupte SPD-Abgeordnete im Visier der Staatsanwälte](#), Focus.de vom 22.05.2014, abgerufen am 16.07.2014
24. ↑ ^{24,024,1} [Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann: Panzer und Genossen](#), Süddeutsche.de vom 19.05.2014, abgerufen am 16.07.2014
25. ↑ [Panzerdeal setzt Gabriel unter Druck](#), Handelsblatt.com vom 19.05.2014, abgerufen am 04.01.2024
26. ↑ [Verdacht auf Schmiergeld. Razzia bei Panzer-Hersteller Kraus-Maffei-Wegmann](#) Mitteldeutsche Zeitung, 17. November 2014, zuletzt aufgerufen am 04.01.2024
27. ↑ [Korruption Ex-KMW-Manager in Haft](#) Spiegel vom 04.04.2015, zuletzt aufgerufen am 04.01.2024
28. ↑ [Griechischer Ex-Spitzenbeamter gesteht Schmiergeld-Deal um deutsche Panzer](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 28.12.2013, abgerufen am 21.01.2022.
29. ↑ [Griechischer Ex-Spitzenbeamter gesteht Schmiergeld-Deal um deutsche Panzer](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 28.12.2013, abgerufen am 21.01.2022.
30. ↑ [Geschichte](#), Webseite von KMW, abgerufen am 27.06.2014
31. ↑ [Panzerproduzent Krauss-Maffei Wegmann - Die verschwiegenen Macher des Leopard-2-Panzers](#), Focus.de vom 03.07.2014, abgerufen am 27.06.2014.
32. ↑ [Geschichte](#) knds.com, abgerufen am 17.01.2024
33. ↑ [Leopard-Panzer-Deal - Saudi-Arabien verliert Geduld mit Deutschland](#), Zeit Online vom 12.07.2013, abgerufen am 04.01.2024.

Rheinmetall

Die **Rheinmetall AG** ist eine der führenden deutschen Hersteller von Rüstungsgütern.^[1] Die Firma profitiert oft von staatlichen Aufträgen und betreibt Lobbyismus auf Bundes- und EU-Ebene. Dabei hat sie über Verbände und Netzwerkvereine wie den [Förderkreis Deutsches Heer](#), die [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#), den [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#), den [Wirtschaftsrat der CDU](#) oder das [Wirtschaftsforum der SPD](#) direkten Draht zu Politiker:innen.

Das Bundeskartellamt genehmigt im Januar 2025 die Gründung eines Joint Ventures zwischen der Rheinmetall AG und [Aerospace, Defence and Security | Leonardo](#) Zu gleichen Teilen sind die Unternehmen an dem Joint Venture [Leonardo - Rheinmetall Military Vehicles](#) beteiligt.

Im Februar 2025 wurde durch eine ZEIT Recherche bekannt, dass eine Tochterfirma von Rheinmetall im Januar 2025 mindestens acht Abgeordneten, die in Haushalts- und Verteidigungsausschüssen an der Vergabe von Rüstungsaufträgen beteiligt waren, Geld für ihren Wahlkampf geboten hatte.^[2]

Seit Mai 2025 ist Sigmar Gabriel (SPD, Bundesminister a.D.) Mitglied im Aufsichtsrat.

In der Vergangenheit kam es zu mehreren Seitenwechseln von Abgeordneten zur Rheinmetall AG.

Im Mai 2017 wurde der ehemalige Bundesverteidigungsminister und zeitweise Bundesarbeitsminister [Franz-Josef Jung](#) (CDU) in den Aufsichtsrat von Rheinmetall gewählt.

Seit Januar 2015 ist der ehemalige Entwicklungsminister [Dirk Niebel](#) (FDP) als Cheflobbyist für Rheinmetall tätig.

Rheinmetall AG	
Branche	Automobil- /Rüstungsindustrie
Hauptsitz	Rheinmetall Platz 1, 40476 Düsseldorf
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	Square de Meeûs 21, 1050 Brüssel
Webadresse	www.rheinmetall.com

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsfelder und Finanzen	9
2 Unternehmensstruktur	9
2.1 Vorstand	9
2.2 Aufsichtsrat	9
2.3 Cheflobbyist	9
2.4 Angaben im Lobbyregister der EU	10
2.5 Angaben im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag	10
2.6 Mitgliedschaften	10
3 Fallbeispiele und Kritik	10
3.1 Spenden an Abgeordnete des Verteidigungs- und Haushaltsausschuss von Rheinmetall-Tochter Blackned 2025	10
3.2 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz 2022-2025	11
3.3 Rüstungsexporte an Saudi-Arabien nach November 2018	12
3.4 Geplantes Gefechtsübungszentrum in Russland 2011 - 2014	13
3.5 Ermittlungen des indischen Central Bureau of Investigation zu Bestechungszahlungen durch Rheinmetall (2009 und 2011)	13
3.6 Schmiergeldzahlungen an griechische Vermittler durch Tochterunternehmen (2001-2011)	14
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	14
5 Weiterführende Links	14
6 Einzelnachweise	14

Geschäftsfelder und Finanzen

Die Rheinmetall AG mit Sitz in Düsseldorf ist auf dem Gebiet der Automobilzulieferung und der Verteidigungstechnik tätig. 2024 lag der Konzernumsatz bei 9,75 Milliarden Euro (35,9% mehr als im Vorjahr).^[3] Die Rheinmetall AG beschäftigt über 31.000 Mitarbeitende.^[4]

Zum 1. März 2026 hat Rheinmetall die Übernahme des militärischen Bereichs von [Naval Vessels Lürssen](#) (NVL B.V. & Co. KG), Bremen-Vegesack, abgeschlossen.^[5] Die NVL war eine privat geführte Werftengruppe mit vier Werften in Norddeutschland (Peene-Werft / Wolgast, Blohm+Voss und Norderwerft/ Hamburg, Neue Jadewerft/ Wilhelmshaven) sowie internationalen Standorten. Sie beschäftigt gut 2.100 Mitarbeitende weltweit, erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2024 einen Umsatz von rund 1 MrdEUR und gilt als Vorreiter in der Forschung und Entwicklung autonomer maritimer Überwassersysteme.

Unternehmensstruktur

Vorstand

- Armin Papperger (Vorstandsvorsitzender), Präsident des [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#) (BDSV)
- Vera Saal
- Klaus Neumann
- René Gansauge

(Stand: März 2025)

Quelle: ^[6]

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar.

- Im Mai 2025 ist Sigmar Gabriel (Bundesminister a.D.) von der Hauptversammlung in den Aufsichtsrat gewählt werden.
- 2017 wurde Franz-Josef Jung (CDU), ehemaliger Bundesverteidigungsminister (2005 bis 2009), noch während seines Bundestagsmandats in den Aufsichtsrat gewählt.^[7]

Cheflobbyist

2014 wurde [Dirk Niebel](#) (FDP) zum Cheflobbyisten von Rheinmetall ernannt (offizielle Zuständigkeit: Beratung der Mitglieder des Konzernvorstands in allen Fragen und Aufgaben der internationalen Strategieentwicklung und beim Ausbau der globalen Regierungsbeziehungen).^{[8][9]}

Niebel war von 2009 bis 2013 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und ist seit 2014 als selbstständiger Politik- und Unternehmensberater (Niebel International Consulting) tätig.^[10]

Der Seitenwechsel zur Rheinmetall AG sorgte öffentlich für Empörung, da Niebel während seiner Zeit als Minister Mitglied im Bundessicherheitsrat war und somit auch an Entscheidungen über Waffenexporte und Genehmigungen für Projekte u.a. von Rheinmetall beteiligt war.^[11]

Angaben im Lobbyregister der EU

Person mit rechtlicher Verantwortung des Lobby-Büros in Brüssel ist

- Charles Philippe Dijon de Monteton

Die Ausgaben von Rheinmetall für in den Anwendungsbereich des Transparenzregisters der EU fallende Tätigkeiten lagen im Jahr 2024/2025 zwischen 500.000 und 599.000 Euro.^[12] Es waren 9 Lobbyisten beschäftigt (Vollzeitäquivalent 8,3)

Angaben im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag

2024 betragen die Ausgaben im Bereich der Interessenvertretung 1.420.001 bis 1.430.000 Euro. Es waren 12 Lobbyisten beschäftigt.

Mitgliedschaften

Rheinmetall ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. \(BDSV\)](#)
- [Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie \(BDLI\)](#)
- [Förderkreis Deutsches Heer](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Grüner Wirtschaftsdialog](#)

Fallbeispiele und Kritik

Spenden an Abgeordnete des Verteidigungs- und Haushaltsausschuss von Rheinmetall-Tochter Blackned 2025

Im Februar 2025 wurde durch Recherchen der Zeit bekannt, dass die Rheinmetall AG im Januar 2025 über ihre Tochtergesellschaft Blackned GmbH acht Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus dem Haushalts- und Verteidigungsausschuss Spenden angeboten hatte. Diese Zuwendungen wurden mit der Begründung getätigt, die Abgeordneten seien aufgrund ihrer Ausschusszugehörigkeit in wichtigen Entscheidungen zu Verteidigungsprojekten eingebunden.^[2]

Peter Obermark – Director Governmental Affairs der Blackned GmbH – soll den Vorgang bestätigt haben.^[2]

Die Spenden, die sich laut Obermark auf jeweils unter 2.000€ belaufen haben sollen, flossen zwischen der Behandlung von zwei wichtigen Verteidigungsprojekten im Haushaltsausschuss des Bundestages. Im Dezember 2024 wurde dort ein Projekt zur IT-Systemintegration, im Wert von 1,2 Milliarden Euro gebilligt (Auftragsnehmerinnen sind anteilig Rheinmetall Electronics und die Tochterfirma Blackned GmbH) und im Januar 2025 ein Projekt zur Entwicklung eines taktischen Wide Area Networks für landbasierte Operationen genehmigt (Gesamtvertragswert 5,5 Milliarden Euro, davon rund 40 Millionen Euro für Blackned).^[2]

Die Spendenpraxis wurde von einigen Abgeordneten, darunter dem Grünen-Politiker Sebastian Schäfer, der eine Spende von Blackned zurückgewiesen hatte, scharf kritisiert. Die Gruppe BSW reichte im Februar 2025 einen Antrag bei der Bundestagspräsidentin ein, indem sie darum bat, die Spenden veröffentlichen und prüfen zu lassen.^[13]

Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz 2022-2025

Im Koalitionsvertrag beschloss die Ampelregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) erarbeiten zu wollen. Ziel des REKGs war es laut Wirtschaftsministerium (BMWK), die „restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erstmals ausdrücklich gesetzlich“ festzuschreiben und verschiedene existierende Regeln und Richtlinien zu vereinheitlichen^[14]. Das Gesetz sollte auch Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr Gewicht verleihen, sowie die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken.

Am 14.10.2022 veröffentlichte das BMWK ein [Eckpunktepapier](#) für das REKG. Wesentliche Regelungsvorschläge waren:

- Schaffen eines verbindlichen Kriterienkatalogs für Rüstungsexportentscheidungen
- Erweiterung des Menschenrechtskriteriums
- Stärkung der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern
- Ausweitung der Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter durch Post-Shipment-Kontrollen und Einrichtung einer zugehörigen Meldestelle im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- Umstellung der bisherigen zweifachen Genehmigungserfordernis bei der Ausfuhr von Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz auf ein Verfahren
- Erhöhte Transparenz, z.B. durch die Einführung einer recherchierbaren Datenbank
- Bekämpfung von Korruption
- Beschleunigte Verfahren durch mehr Personal und Sachmittel für das BAFA

Während der Ausarbeitung des REKGs im Wirtschaftsministerium fanden mehrere Konsultationen mit Vertreter*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt^[15]. Basierend auf den Stellungnahmen dieser Akteure fanden Ende November 2022 zwei Fachgespräche statt. Vertreten waren dort unter anderen Rheinmetall, Airbus, Thyssenkrupp, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die IG Metall, Amnesty International und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Die komplette Liste der Teilnehmenden ist [hier](#) einsehbar.

Die Entscheidung, durch das REKG eine restriktive Exportpolitik gesetzlich festzuschreiben, war von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begrüßt worden. Dennoch kritisierten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und auch wissenschaftliche Institute wie das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) das REKG-Eckpunktepapier als unzureichend, vor allem in Bezug auf das fehlende Verbandsklagerecht.^{[16][17][18]} Die Rüstungsindustrie sprach sich von Anfang an großteils gegen das REKG aus. So auch Rheinmetall.

Rheinmetall beteiligte sich am 06.04.2022 an einem Fachgespräch zum REKG.^[19] Das Unternehmen kritisierte die bestehende Rechtsunsicherheit und fehlende Planbarkeit für die Branche und stellte infrage, ob das REKG überhaupt notwendig sei. Der Konzern forderte zudem eine Differenzierung zwischen Transparenz und Veröffentlichung, um die Interessen der Empfängerstaaten zu wahren und warnte vor einer Isolierung Deutschlands in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die EU bleibe nur dann relevant, wenn die Mitgliedstaaten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenstehen.

Neben Rheinmetall lobbyierten unter anderem die folgenden Konzerne und Verbände gegen das REKG und eine restriktive Rüstungsexportpolitik: Airbus, der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Mit dem vorzeitigen Bruch der Ampel-Koalition, verkündete die Bundesregierung im Februar 2025, man werde das geplante REKG in der verkürzten Legislaturperiode nicht weiterverfolgen.^[20]

Rüstungsexporte an Saudi-Arabien nach November 2018

2018 berichteten der Stern und das ARD-Magazin Report München, dass Rheinmetall trotz eines Waffenexportverbots der Bundesregierung über Tochterfirmen in Italien und Südafrika weiterhin Wehrprodukte nach Saudi-Arabien lieferte. Der Wert der Lieferungen soll sich 2018 auf über 100 Millionen Euro pro Jahr belaufen haben.^[21]

Die staatliche Rüstungsholding Saudi-Arabian Military Industries (SAMI) wurde von 2017 bis 2020 vom ehemaligen Rheinmetall-Vorstand Andreas Schwer geführt.^[21] Mindestens drei weitere ehemalige Rheinmetall-Führungskräfte sollen zu der Zeit ebenfalls für SAMI tätig gewesen sein. 2018 soll SAMI unter der Führung Schwerts versucht haben, den südafrikanischen Rüstungskonzern Denel zu übernehmen. Dieser hält auch Anteile an einem Gemeinschaftsbetrieb mit Rheinmetall (Rheinmetall Denel Munition).^[22]

Wegen des Waffenembargos gegenüber Saudi-Arabien drohte Rheinmetall dem Wirtschaftsministerium in einem Brief im Januar 2019 mit einer Klage auf Schadensersatzzahlungen für Umsatzausfälle von ursprünglich genehmigten Exporten.^[23]

Das Waffenexportverbot nach Saudi Arabien, das aufgrund der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi, sowie der Beteiligung des Regimes am Jemen-Krieg in Deutschland seit Ende 2018 bestand, wurde 2024 durch Export-Genehmigungen für Kampffjets und Raketen formal aufgehoben.^[24]

Geplantes Gefechtsübungszentrum in Russland 2011 - 2014

2011 schlossen Rheinmetall und der staatliche russische Rüstungskonzern Oboronservice AG einen Vertrag zur Errichtung eines hochmodernen Gefechtsübungszentrums im russischen Mulino ab. Rheinmetall sollte die Bauteile liefern. Das Exportvorhaben von Rheinmetall wurde 2011 von der damaligen Bundesregierung (CDU und FDP) gebilligt. Rheinmetall schrieb über das Projekt auf dessen Homepage: „Damit wird in der Wolga-Region bis 2014 die weltweit modernste Trainingsbasis mit simulationsgestützter Ausbildung entstehen, in der pro Jahr bis zu 30.000 Soldaten ausgebildet werden können.“^[25]

Im Frühjahr 2014 wurde die Exportgenehmigung von dem neuen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) aufgrund der Annexion der Krim durch Russland jedoch zurückgezogen. Rheinmetall forderte von der Bundesregierung daraufhin 130 Millionen Euro Schadensersatz und argumentierte damit, dass der Deal auch von der Bundesregierung „massiv unterstützt“ worden sei. Ein Eilverfahren wurde jedoch zurückgewiesen. Das Projekt wurde schließlich von der Oboronservice AG fertiggestellt.^[25]

2024 sichtete WDR Investigativ geheime Prozessunterlagen aus dem Jahr 2014, die Pläne für weitere Ausbildungsanlagen in einem Wert von insgesamt einer Milliarde Euro beinhalten sollen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Rheinmetall, der Bundeswehr und der Bundesregierung bei damaligen Rüstungsvorhaben nahelegen.^[25]

So sollen die Pläne für das Gefechtszentrum 2009 „maßgeblich unter Beteiligung des Verteidigungsministeriums“, das damals unter Führung von Franz-Josef Jung (CDU) stand, entworfen worden sein. Seit Mai 2017 sitzt Jung im Aufsichtsrat der Rheinmetall AG.^{[25][7]}

Der spätere Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) soll sich bei seinem einzigen Besuch in Moskau im September 2011 auch mit dem Chef der „Oboronservice AG“ getroffen haben. Später teilte er mit, dass Deutschland ein Interesse „an einer modernen russischen Armee, die gut geführt ist“ habe. Deutsche Soldaten sollen zudem mehrmals in Mulino zu Besuch gewesen sein, um russische Soldaten in die „neue Technik einzuweisen“.

Ermittlungen des indischen Central Bureau of Investigation zu Bestechungszahlungen durch Rheinmetall (2009 und 2011)

Die Rheinmetall-Tochter Rheinmetall Air Defence (RAD) mit Sitz in Zürich soll nach Auffassung des indischen Central Bureau of Investigation (CBI) gemeinsam mit SAN Swiss Arms im Jahr 2009 Luftabwehrgeschütze im Wert von 2,5 Milliarden Dollar an Indien verkauft und dafür Bestechungsgelder in Höhe von 26 Tausend Euro an einen früheren Verantwortlichen der zentralen Rüstungsbeschaffung gezahlt haben.^[26]

Die indischen Behörden setzten Rheinmetall daraufhin auf eine schwarze Liste und schlossen den Konzern von 2012 bis 2022 von Rüstungsgeschäften mit Indien aus. 2011 soll Rheinmetall laut Ermittlungen der indischen Behörden einem indischen Waffenhändler und Lobbyisten 400.000 Euro überwiesen haben, um das indische Verteidigungsministerium dazu zu bewegen, Rheinmetall von der schwarzen Liste zu streichen.^[27] Die Vorwürfe werden von Rheinmetall bestritten.

Schmiergeldzahlungen an griechische Vermittler durch Tochterunternehmen (2001-2011)

Im Januar 2014 berichtete der *Spiegel* von Ermittlungen deutscher und griechischer Staatsanwälte gegen Rheinmetall wegen Steuerhinterziehung und Bestechung.^[28] Der frühere Griechenland-Repräsentant der Rheinmetall-Tochter STN Atlas, **Panagiotis Efstathiou**, soll beim Verkauf von U-Boot-Ausrüstung und einem Flugabwehrsystem Militärs und Beamte des griechischen Verteidigungsministeriums mit mehreren Millionen Euro geschmiert und dafür Provisionsgelder erhalten haben.^[29] Das Unternehmen soll hierfür insgesamt rund 42 Millionen Euro aufgewendet haben.^[30]

Die Vorwürfe wurden zunächst von Rheinmetall bestritten, 2014 gab der Konzern zum Abschluss des Verfahrens der Bremer Staatsanwaltschaft jedoch zu, Schmiergelder gezahlt zu haben und forcierte im Nachgang auch die interne Aufklärung.^[31]

Rheinmetall wurde in dem Fall mit einem Bußgeld von 37 Millionen Euro belegt. Schadensersatzansprüche gegen drei Ex-Vorstände, darunter Ex-Konzernchef **Klaus Eberhard**, denen wegen der Schmiergeldaffäre Organisationsversagen vorgeworfen wurde, wurden über einen Vergleich in Höhe von 6,75 Millionen Euro mit deren Haftpflichtversicherungen für Rheinmetall erledigt.^[32]

Dabei gab der Konzern an, dass der Schaden des Unternehmens sich insgesamt auf 90 Millionen Euro belaufe (42 Millionen Euro Provision an den griechischen Vermittler, Geldbuße von über 37 Millionen Euro sowie gut vier Millionen Euro für die eigene Aufklärung und Anwälte).^[32]

Der ehemalige griechische Verteidigungsminister (1996 - 2001) **Akis Tsochadzopoulos** wurde zu einer Freiheitsstrafe von 20 Jahren verurteilt, für den Vermittler Efstathiou wurden neun Jahre auf Bewährung ausgesprochen.^[33]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Weiterführende Links

- [NGO: German firms mired in worst Greek corruption scandals since WWII](#), Euractiv.de vom 31.08.2015.

Einzelnachweise

1. ↑ globaler Vergleich: [Top 100Rüstungsunternehmen weltweit nach Umsatz im Rüstungsbereich von 2015 bis 2020](#), statista.com, abgerufen am 21.01.2022.
2. ↑ ^{2,02,12,22,3} [Wollte sich eine Rheinmetall-Tochter Abgeordnete gewogen machen?](#), zeit.de, 11.02.2025, abgerufen am 27.03.2025
3. ↑ [Rheinmetall AG](#), statista.com vom 19.01.2022, abgerufen am 28.12.2023.
4. ↑ [Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter](#), rheinmetall.com, abgerufen am 27.03.2025
5. ↑ [rheinmetall-uebernimmt-nvlrheinmetall.com](#) vom 02.03.2026, abgerufen am 18.05.2026

6. ↑ [Der Vorstand der Rheinmetall AG](#), rheinmetall.com, abgerufen am 27.03.2025
7. ↑ ^{7,07,1} [Ex-Verteidigungsminister Jung ist neuer Aufsichtsrat](#), spiegel.de, 10.05.2017, abgerufen am 25.03.2025
8. ↑ [Pressemitteilung Rheinmetall vom 1. Juli 2014](#), [Webseite Rheinmetall](#), abgerufen am 2. Juli 2014, archiviert am 8.7.2014, zuletzt aufgerufen am 26.5.2016
9. ↑ [Germany promises change as arms sales draw scrutiny](#), Reuters.com vom 23.07.2014, abgerufen am 21.01.2022.
10. ↑ [Curriculum Vitae von Dirk Niebel](#), niebel-international-consulting.de, abgerufen am 27.03.2025
11. ↑ [Timo Lange: Dreister Seitenwechsel: Dirk Niebel wird Rüstungslobbyist bei Rheinmetall, Stellungnahme von Lobbycontrol vom 1. Juli 2014](#), [Webseite Lobbycontrol](#), abgerufen am 25. 7. 2014
12. ↑ [EU Transparenzregister](#), transparency-register.europa.eu, abgerufen am 27.03.2025
13. ↑ [Weitere Rüstungsspenden an Politik](#), zeit.de, 20.02.2025, abgerufen am 27.03.2025
14. ↑ [BMWK Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
15. ↑ ["Regelung der Rüstungsexporte: Gesetz mit Schlupflöchern"](#), taz.de, abgerufen am 20.04.2026
16. ↑ [Stellungnahme Greenpeace zum REKG](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 22.04.2026
17. ↑ [Pressemitteilung Terre des Hommes](#), tdh.de, abgerufen am 22.04.2026
18. ↑ [PRIF Blog: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Außen- und Sicherheitspolitik](#), blog.prif.org, abgerufen am 20.04.2026
19. ↑ [Fachgespräch REKG am 06.04.2022](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
20. ↑ [Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht weiter verfolgt](#), bundestag.de, abgerufen am 10.04.2026
21. ↑ ^{21,021,1} [Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien gehen indirekt weiter](#), stern.de, 04.12.2018, abgerufen am 27.03.2025
22. ↑ [So helfen Deutsche, Saudi-Arabien aufzurüsten – allen Sanktionen zum Trotz](#), stern.de, 18.12.2018, abgerufen am 27.03.2025
23. ↑ [Rheinmetall droht Bundesregierung mit Klage](#), ntv.de vom 20.01.2019, abgerufen am 20.01.2022.
24. ↑ [Deutschland genehmigt Waffenlieferungen an Saudi-Arabien](#), tagesschau.de, 10.01.2024, abgerufen am 27.03.2025
25. ↑ ^{25,025,125,225,3} [Geplatzte Milliardenträume](#), tagesschau.de, 03.03.2024, abgerufen am 27.03.2025
26. ↑ [Lukas Häuptli: Rüstungsfirmen unter Korruptionsverdacht](#), Neue Zürcher Zeitung online vom 27. Oktober 2013, [Webseite](#) abgerufen am 28. 7. 2014
27. ↑ [Korruptionsverdacht bei Rheinmetall](#), n-tv.de, 30.08.2013, abgerufen am 27.03.2025
28. ↑ [Schmiergeldermittlungen in ehemaligem Unternehmen von BDI-Präsident Ulrich Grillo](#), SPIEGEL vom 26. Januar 2014, [Webseite Spiegel](#), abgerufen am 25. 7. 2014
29. ↑ [Rheinmetall gibt Bestechung bei Rüstungsdeal zu](#), Zeit.de vom 10.12.2014, abgerufen am 21.01.2022.
30. ↑ [Rheinmetall schließt Millionen-Vergleich in Panzer-Korruptionsaffäre](#), Welt.de vom 20.04.2019, abgerufen am 21.01.2022.
31. ↑ [Rheinmetall gibt Bestechung bei Rüstungsdeal zu](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 10.12.2014, abgerufen am 21.01.2022.
32. ↑ ^{32,032,1} [Rheinmetall schließt Millionen-Vergleich in Panter-Korruptionsaffäre](#), Welt.de vom 20.04.2019, abgerufen am 21.01.2022.
33. ↑ [The Greek Submarine Scandal](#), Corruption-Tracker.org vom 27.11.2020, abgerufen am 21.01.2022.

EADS

Weiterleitung nach:

- [Airbus Group](#)

Atlantic Council

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Der Atlantic Council of the United States (**Atlantic Council**) ist eine außergewöhnlich einflussreiche US-amerikanische Denkfabrik und Lobbyorganisation, die von weltweit tätigen Konzernen und ehemaligen ranghohen Regierungsvertretern und Ex-Militärs gesteuert wird. Über letztere stellt die Organisation Kontakte zu den Regierungsspitzen im transatlantischen Bereich her, um ihre - auch interessengeleiteten - Vorstellungen von Wirtschaft, Politik und Sicherheit in die offizielle Politik einzubringen.

**The Atlantic Council of the United States
(Atlantic Council)**



Rechtsform

Tätigkeitsbereich US-amerikanische Denkfabrik und Lobbyorganisation

Gründungsdatum 1961

Hauptsitz

Washington, DC/USA

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadresse www.atlanticcouncil.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	17
2 Lobbystrategien und Einfluss	17
3 Fallstudien und Kritik	17
3.1 2018: Zusammenarbeit mit Facebook bei Wahlen	17
4 Organisationsstruktur und Personal	18
4.1 Tätigkeitsbereiche	18
4.2 Leiter der wichtigsten Gremien	18
4.3 International Advisory Board (IAB)	19
4.4 Business and Economic Advisory Group (BEAG)	19
4.5 Strategic Advisory Group (SAG)	20
5 Finanzierung	20

6 Beziehungen zu anderen Organisationen	20
7 Weiterführende Informationen	21
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	21
9 Einzelnachweise	21

Kurzdarstellung und Geschichte

Der Atlantic Council wurde 1961 gegründet. Es ist eine Denkfabrik und Lobbyorganisation mit Sitz in Washington, D.C. Akteure aus Wirtschaft, Politik und Militär beschäftigen sich im Rahmen des Think-Tanks mit Themen der Atlantischen Gemeinschaft.

Nach eigener Darstellung fördert der Atlantic Council die konstruktive Führerschaft und das Engagement in internationalen Angelegenheiten auf der Grundlage der zentralen Rolle, die die Atlantische Gemeinschaft bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts spielt.^[1]

Lobbystrategien und Einfluss

Der Atlantic Council zeichnet sich durch die Zusammenarbeit von Wirtschaftsführern global agierender Großunternehmen - größtenteils aus den USA - ehemaligen Regierungschefs und Spitzenbeamten (auch aus dem militärischen Bereich) aus. Dabei fungieren die Ex-Regierungsmitglieder als "Türöffner" für die Wirtschaftsvertreter zu den aktuell Mächtigen im öffentlichen Bereich. Mit seinem einzigartig einflussreichen Netzwerk von globalen Führungspersonlichkeiten ("global leaders") bietet der Atlantic Council ein wichtiges Forum bei der Steuerung des wirtschaftlichen und politischen Wandels im 21. Jahrhundert. Über die erstellten Arbeitspapiere, die entwickelten Ideen und die gegründeten Interessengemeinschaften gestalten der Atlantic Council politische Entscheidungen und Strategien zur Schaffung einer sichereren und wohlhabenderen Welt.

Die politische Mitgestaltung über den privilegierten Zugang zu den höchsten politischen Stellen wird zwangsläufig auch von den ökonomischen Interessen der Wirtschaftsführer und Unternehmen beeinflusst, die Mitglieder - insbesondere des einflussreichen [International Advisory Board](#) - sind. Der Atlantic Council wirbt selbst damit, ein einzigartig einflussreiches Netzwerk zu sein, das bei der Erreichung von Unternehmenszielen behilflich sein kann. Partner und Sponsoren können - je nach Entgelt - in unterschiedlichem Ausmaß an den Einflussmöglichkeiten des Atlantic Council partizipieren.

Fallstudien und Kritik

2018: Zusammenarbeit mit Facebook bei Wahlen

Das *Digital Forensic Research Lab* des Atlantic Councils soll [Facebook](#) helfen, Desinformation und die Beeinflussung von Wahlen zu verhindern. Während Wahlen und anderen «sensiblen Momenten» kann Facebook künftig auch auf Monitoring-Dienste des Atlantic Councils zurückgreifen.^[2]

Organisationsstruktur und Personal

Tätigkeitsbereiche

Der Atlantic Council gliedert sich in die folgenden Themenfelder^[3]:

- Sicherheit: Brent Scowcroft Center on International Security
- Regionaler Fokus: Africa Center, Dinu Patriciu Eurasia Center, South East Asia Center, Adrienne Arsht Latin America Center, Rafik Hariri Center for the Middle East, Future Europe Initiative
- Energie: Global Energy Center
- Wirtschaft und Zukunft: Millennium Leadership Program, Global Business and Economics

Leiter der wichtigsten Gremien

Executive Office Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- **Frederick Kempe** (Präsident und CEO seit 2006), ehemaliger Journalist ("Wall Street Journal") sowie Radio- und Fernsehkommentator
 - Mitglied des Beirats des [Transatlantic Policy Network](#)
 - Mitglied des Internationalen Beirats der [Atlantik-Brücke](#)
 - Mitglied des [Council on Foreign Relations](#)
 - Mitglied des Advisory Board der [Security & Defence Agenda](#)
- Damon M. Wilson (Vizepräsident), ehemaliger ranghoher Berater der US-Regierung und des NATO-Generalsekretärs
 - Senior Advisor des US-Ukraine Business Council, ehemaliger hochrangiger Mitarbeiter der US-Regierung
 - Mitglied des internationalen Beirats der Slovak Atlantic Commission

Board of Directors Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Jon M. Huntsman, Jr. (ehem. Chairman), US-Politiker und Diplomat, bewarb sich 2012 um die Kandidatur der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen
- **Frederick Kempe** (Präsident und CEO), ehemaliger Journalist ("Wall Street Journal") sowie Radio- und Fernsehkommentator; Mitgliedschaften siehe Executive Office
- Brent Sowcroft (ehem. Chairman des International Advisory Board), ehemaliger US-amerikanischer Generalleutnant
 - u.a. Nationaler Sicherheitsberater der US-Präsidenten Gerald Ford und George Bush sen. sowie Militärberater von US-Präsident George W. Bush
 - Präsident der internationalen Unternehmensberatung [The Sowcroft Group](#)

International Advisory Board (IAB)

Der IAB ist eine einzigartig einflussreiche Gruppe von globalen Führungspersönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik. Er soll für den IAB-Präsidenten und den "Board of Directors" Perspektiven entwickeln und der Gruppe Zugang zu den führenden Denkern und politischen Entscheidungsträgern der USA verschaffen. Sie setzt sich ausschließlich aus den Leitern bedeutender global tätiger Unternehmen und ehemaliger Regierungsmitglieder ab Kabinettsrang zusammen. Die Gruppe trifft sich einmal im Jahr, meist in Verbindung mit dem "Atlantic Council' s Annual Award Dinner" in Washington, D.C.

Die 40 Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören unter anderem die Unternehmensleiter der [Airbus Group](#), SAS, Lockheed Martin, Coca-Cola, Unilever, Thomson Reuters und Goldman Sachs. Mitglied ist auch [Rupert Murdoch](#), Vorsitzender und CEO des weltweit größten Medienkonzerns News Corporation (Stand: Mai 2016).

Business and Economic Advisory Group (BEAG)

Die BEAG dient als zentrale Beratungsgruppe des Atlantic Council für das "Global Business Economics Program". Die Mitglieder der BEAG sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- **Stuart Eizenstat** (Co-chair)
 - Head of International Trade and Finance, [Covington & Burling](#)
 - Direktor, [Trans-Atlantic Business Council](#)
 - ehemaliger ranghoher Mitarbeiter mehrerer US-amerikanischer Regierungen, u.a. US-Botschafter bei der EU
- **Caio Koch-Weser** (Co-Chair)
 - Vice Chairman, [Deutsche Bank](#)
 - Mitglied, "High-Level Advisory Group on Climate Finance"
 - ehem. Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen
- **Leszek Balcerowicz**
 - ehemaliger Präsident der Polnischen Nationalbank
 - Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [European Systemic Risk Board](#) (ESBR)
 - Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#) , der [Stiftung Ordnungspolitik](#) und von [Open Europe Berlin](#)
 - Mitglied der Larosière-Gruppe ([Jacques de Larosière](#))
 - Ehrenvorsitzender und bis April 2012 Vorsitzender des Boards von [Bruegel](#)
- **Erika Mann**
 - Leiterin des Brüsseler Lobbybüros von [Facebook](#)
 - Gründungsmitglied [Transatlantic Policy Network](#)
 - Initiatorin [German European Security Association](#)
 - Mitglied [European Internet Foundation](#) und [Kangaroo Group](#)
 - Kuratoriumsmitglied [Open Europe Berlin](#)
 - Vizepräsidentin des "Advisory Council" des [European Policy Centre](#)

Strategic Advisory Group (SAG)

Die SAG ist 2007 vom damaligen Vorsitzenden des Atlantic Council, General Brent Scowcroft, und der ehemaligen norwegischen Verteidigungsministerin Kristin Krohn Devold gegründet worden. Sie besteht aus etwa 40 hochrangigen Experten für Themen der NATO und der transatlantischen Sicherheit, die Expertisen für politische Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit zu strategischen Fragen der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen erstellen. Themen sind z.B. Afghanistan/Pakistan sowie das strategische Konzept und die Reform der NATO. Die SAG erstellt Studien und Grundsatzpapiere, veranstaltet informelle Strategiegespräche für ranghohe Regierungsmitarbeiter aus den USA und Europa und berät über ihre Experten wichtige politischen Entscheidungsträger. Die SAG ist darüber hinaus auch als Beratungsgruppe für das [Brent Scowcroft Center on International Security](#) tätig. Die SAG und ihre Aktivitäten werden von der Scowcroft Group und [EADS North America](#) gesponsert.

Finanzierung

Der Atlantic Council finanziert sich durch Einzelpersonen, Mitgliedsfirmen, Sponsoren und Partner. Zur Zeit gibt es etwa 500 Mitglieder, darunter über 50 ehemalige Botschafter, über 30 Vorstandsvorsitzende, zahlreiche ranghohe Beamte der US-Regierung und ausländischer Regierungen sowie ranghohe Offiziere.^[4] Die Mitgliedschaft berechtigt z. B. zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung oder am "Annual Awards Dinner". Darüber hinaus haben Unternehmen die Möglichkeit eine von drei Mitgliedschaften auszuwählen. Zur Zeit gibt es etwa 100 Mitgliedsfirmen, denen es ermöglicht wird, Gelegenheiten für Engagements im öffentlich-privaten Sektor zu ergreifen und sich frühzeitige Informationen und Zugangsmöglichkeiten zu Entscheidungsträgern zu verschaffen.^[5]

Maßgeblich sind die Zuwendungen folgender Unterstützer:

- Global Leadership Circle (mehr als 100.000\$)
 - [Airbus Group](#), Chevron, Lockheed Martin, Thomson Reuters, Verbundnetz Gas AG, u.a.
- Chairman's Circle (mehr als 50.000\$)
 - [Bank of America](#), Blackrock, [Krauss-Maffei Wegmann](#), Raytheon, Thales, Coca-Cola, u.a.
- President's Circle (mehr als 25.000\$)
 - Boeing, ExxonMobil, [Edelman](#), Northrop Grumman Aerospace, SAS, Shell, u.a.
- Andere Unterstützung
 - Stiftungen, u.a. [Bertelsmann Stiftung](#)
 - Regierungen, u.a. [Europäische Kommission](#)

Beziehungen zu anderen Organisationen

Der Atlantic Council gehört zu den Interessenvertretern und Beratern ("Stakeholders and Advisors") des [Transatlantic Economic Council](#), der aus Vertretern der Regierungen der USA und der Europäischen Union besteht. Der [Transatlantic Economic Council](#) war an den Verhandlungen zum TTIP beteiligt.

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [About the Council](#), Webseite abgerufen am 24. 11. 2014
2. ↑ [Facebook geht Partnerschaft mit Thinktank ein](#) Berner Zeitung vom 18.05.2018, abgerufen am 20.05.2018
3. ↑ [Programs](#), Webseite abgerufen am 29.02.2015
4. ↑ [Individual Membership](#), [Webseite Atlantic Council](#), abgerufen am 26. 11. 2014
5. ↑ [Corporate Program](#), [Webseite Atlantic Council](#), Atlantic Council Corporate Program abgerufen am 25. 02. 2016

EUTOP

Die **EUTOP International GmbH** ist eine [Lobby-Agentur](#), die 1990 von [Klemens Joos](#) gegründet wurde.

Die Firma nutzt gerne ehemalige Politiker als Türöffner für ihre Lobbyarbeit. Es gab wiederholt Berichte über fragwürdige Lobby-Methoden.

Die Interessenvertretung wird von den vier EUTOP-Gesellschaften (EUTOP Europe GmbH, EUTOP International GmbH, EUTOP Berlin GmbH und EUTOP Brussels SRL) selbst betrieben oder in Auftrag gegeben. Auftragnehmer sind EUTOP-Schwestergesellschaften und sog. Strukturelle Berater. In München befindet sich die Hauptverwaltung der EUTOP Group. Hier haben neben der Geschäftsführung auch die Corporate Services und die administrativen Bereiche von EUTOP ihren Sitz. Über den [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) ist Firmengründer Joos mit der [CSU](#) gut vernetzt. Für die "Prozessoptimierung zwischen bayerischer Wirtschaft und EU-Institutionen" wurde Joos 2019 der Bayerische Verdienstorden verliehen.

EUTOP International GmbH



Rechtsform GmbH

Tätigkeitsbereich Lobbyagentur, die die Interessen von Unternehmen und Verbänden in Brüssel vertritt

Gründungsdatum 1990

Hauptsitz München, Denninger Straße 15

Lobbybüro Brüssel, Rue d'Arlon 15

Webadresse eutop.com

Webadresse eutop.com

Webadresse eutop.com

Inhaltsverzeichnis

1 Klemens Joos: Gründer, langjähriger Geschäftsführer und Vorsitzender des Beirats	22
2 Lobbystrategien und Personal	23
3 Angaben zur Lobbytätigkeit im Lobbyregister und EU Transparenzregister	24
3.1 Lobbyregister	24
3.2 EU Transparenzregister	25
4 Organisationsstruktur und Personal	25
4.1 Geschäftsführung	25
4.2 Advisory Board / Beirat	25
4.3 Direktoren	25
4.4 Senior Consultants	25
4.5 Strukturelle Berater	26
4.6 Ehemalige Mitarbeiter	26
5 Fallbeispiele	27
5.1 2016: Ministererlaubnis zur Fusion von Edeka und Kaiser's Tengelmann	27
5.2 2009: Vermittlung von Honorarrednern	27
5.3 2006: FDP-Parteisponsoring-Affäre	27
6 EUTOP-Artikel bei LobbyControl	28
7 Weitere Informationen	28
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	28
9 Einzelnachweise	28

Klemens Joos: Gründer, langjähriger Geschäftsführer und Vorsitzender des Beirats

Klemens Joos kommt aus dem CSU- Umfeld und gehörte früher dem Vorstand der Jungen Union in Bayern an. Laut „Augsburger Allgemeine“ baute er sich ein Netz aus Jung-Unionisten auf, die er zum Teil für seine Firma arbeiten ließ.^[1] Die Idee: Aus den Talenten werden eines Tages Kandidaten für die Parlamente. Joos ist Mitglied des Präsidiums des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), dem auch mehrere Präsidiumsmitglieder der CSU angehören, was die Lobbyarbeit in Bayern und in Brüssel erleichtert. So ist [Angelika Niebler](#), Präsidentin und Vorsitzende des Forums Brüssel des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Europaabgeordnete und Stellv. Parteivorsitzende der CSU. In den Jahren 1998, 1999 und 2002 erhielten CDU und CSU von EUTOP [Parteispenden](#) in Höhe von insgesamt rund 75.000 Euro bzw. 77.000 Euro.^[2] [Hendrik Wüst](#) (CDU), seit 2021 Ministerpräsident des Landes NRW, war von 2002-2005 bei EUTOP tätig, zunächst als Referendar, ab 2004 als Syndikus. [Theo Waigel](#) (CSU), der von EUTOP zu hohen Honoraren als Redner vermittelt worden ist^[3], beschrieb die Lobbytätigkeit von Joos in „30 Jahre EUTOP“ wie folgt: „Aus der Politik heraus, die Klemens Joos in der Jungen Union kennenlernte, kam die Leidenschaft für die Politik, aber auch die Erkenntnis, nicht von der Politik, sondern für die Politik zu leben“. ^[4] 2019 wurde Joos vom bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU), der ihn seit der Schüler-Union und der gemeinsamen Zeit im bayerischen Vorstand der Jungen Union kennt^[5], der Bayerische Verdienstorden verliehen. Begründung: Joos habe sich als geschäftsführender Gesellschafter einer Unternehmensgruppe "die Prozessoptimierung zwischen bayerischer Wirtschaft und EU-Institutionen" auf die Fahnen geschrieben.^[6] Der Orden ist für hervorragende Verdienste um den Freistaat Bayern und das bayerische Volk geschaffen worden.

Nach der Gründung der EUTOP promovierte Joos zum Thema: "Interessenvertretung deutscher Unternehmen bei den Institutionen der Europäischen Union". Bis 2021 war er als Lehrbeauftragter an der LMU München für das Aufgabengebiet "Convincing Political Stakeholders" tätig. Seit 2021 ist er Lehrbeauftragter an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität München (TUM) für das Aufgabengebiet „Management of Relationships to Political Stakeholders“. Im Februar 2022 hat die Technische Universität München (TUM) Joos zum Honorarprofessor für Stakeholder Management (einer Umschreibung für Lobbyismus) bestellt. Die Begründung; „Mit Dr. Joos leisten wir an der TUM School of Management wichtige Pionierarbeit auf diesem Gebiet“.^[7]

EUTOP ist ein Teil des Firmengeflechts von Joos. Zu diesem gehörten außerdem die **EUTOP Speaker Agency**, die u.a. Vorträge für Politiker vermittelte, und das ehemalige Internetportal **polixea** (vorher: politikerscreen). Polixea präsentierte sich als Informationsdienst für Politik samt einer speziellen Suchmaschine für politische Inhalte. Die Suchmaschine war zeitweise auf den Webseiten verschiedener Parteien, Abgeordneter und sogar Ministerien eingebunden. Kooperationen mit dem ZDF und mit Focus stärkten die Glaubwürdigkeit. Unklar ist, ob polixea auch den Kunden von EUTOP zugute kam. LobbyControl äußert den Verdacht, dass es sich bei polixea um eine deutsche Form des "Journo-Lobbying" handeln, also die Nutzung vermeintlich journalistischer Informationsangebote für Lobby-Strategien.^[8] Auf jeden Fall bot die Plattform die Möglichkeit, Politiker zu Gastbeiträgen einzuladen und darüber mit ihnen in Kontakt zu treten. Zudem gab es Überschneidungen zwischen den Kunden von EUTOP und politikerscreen.^[9] (siehe Fallbeispiele).

Die Firmen von Joos sind in der **EUXEA Holding** gebündelt, einer Unternehmensgruppe mit 18 Gesellschaften. Deren Schwerpunkt liegt in den folgenden Bereichen: Perspective Change, Governmental Relations, Real Estate sowie Services und Handwerk.

Lobbystrategien und Personal

Auf seiner Webseite wirbt EUTOP gegenüber potentiellen Kunden damit, diverse Kontakte mit Entscheidungsträgern der Legislative und Exekutive in allen EU-Mitgliedsstaaten aufgebaut zu haben.^[10] Auf diese Weise unterstütze die Organisation ihre Kunden effektiv und effizient dabei, ihre Anliegen in die Entscheidungsprozesse in Brüssel und in den Mitgliedstaaten der EU einzubringen. EUTOP warb dazu u.a. wiederholt ehemalige Politiker an, die ihre Kontakte und ihr politisches Insider-Wissen mitbringen. EUTOP-Mitarbeiter haben fundierte Berufserfahrung im politischen Umfeld, zum Beispiel aufgrund früherer haupt- und ehrenamtlicher Tätigkeiten in Parlamenten, Regierungen oder Parteien in Deutschland, in anderen EU-Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene sowie bei global agierenden Unternehmen.^[11] Die Lobbyarbeit wird von mehr als 150 Mitarbeitern und sog. Strukturellem Beratern betrieben, darunter ehemalige Spitzen der Legislative und Exekutive sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus mehreren EU-Mitgliedstaaten. 2015 wurde bekannt, dass die CDU seit 2013 9 Lobbyist:innen von EUTOP mit Bundestagshausausweisen Zugang zum Parlament verschafft hatte.^[12] Der Journalist Hans-Martin Tillack wertete Anfang 2017 interne Dokumente des Wirtschaftsministeriums aus und gewährt somit Einblick über die Lobbystrategien von EUTOP, insbesondere deren Zusammenarbeit mit Behörden.^[13]

Angaben zur Lobbytätigkeit im Lobbyregister und EU Transparenzregister

Lobbyregister

Im [deutschen Lobbyregister](#) machen die EUTOP-Gesellschaften Angaben zur Lobbyarbeit im Jahr 2023 (Stand: 02.07.2024). Nach den neuen Lobbyregeln lässt sich nun deutlich besser nachvollziehen, welche der Ex-Politiker für welche Unternehmen tätig sind. Laut Recherchen von LobbyControl finden sich im neuen Eintrag von EUTOP im Lobbyregister jedoch Ungereimtheiten, unkonkrete Angaben und viele offene Fragen. [\[14\]](#)

EUTOP Europe GmbH (Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst sowie durch die Beauftragung weiterer Dritter wahrgenommen)

- Ausgaben für Lobbyarbeit: 2.270.001 bis 2.280.000 Euro
- Zahl der Lobbyist:innen: 2,28 Vollzeitäquivalent
- Mitgliedschaften: keine

Die Regelungsvorhaben, Kunden und eingesetzten Personen finden sich im Lobbyregister

EUTOP International GmbH (Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst sowie durch die Beauftragung weiterer Dritter wahrgenommen)

- Ausgaben für Lobbyarbeit: 910.001 bis 920.000 Euro
- Zahl der Lobbyist:innen: 1,01 Vollzeitäquivalent
- Mitgliedschaften: Institut der Regionen Europas, [Wirtschaftsrat der CDU](#), [Wirtschaftsforum der SPD](#), [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)

Die Regelungsvorhaben, Kunden und eingesetzten Personen finden sich im Lobbyregister

EUTOP Berlin GmbH (Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst wahrgenommen)

- Ausgaben für Lobbyarbeit: 480.001 bis 490.000 Euro
- Zahl der Lobbyist:innen: 2,19 Vollzeitäquivalent
- Mitgliedschaften: de'ge'pol -Deutsche Gesellschaft für Politikberatung, Europäische Bewegung Deutschland

Nach den Registerangaben arbeitete die EUTOP Berlin GmbH 2022 ausschließlich für die drei EUTOP-Unternehmen EUTOP Europe GmbH, EUTOP International GmbH und EUTOP Brussels SRL

EUTOP Brussels SRL (Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst sowie durch die Beauftragung weiterer Dritter wahrgenommen)

- Ausgaben für Lobbyarbeit: 80.001 bis 90.000 Euro
- Zahl der Lobbyist:innen: 1 Vollzeitäquivalent
- Mitgliedschaften: [European Policy Centre](#)

Nach den Registerangaben arbeitete die EUTOP Brussels SRL 2020 ausschließlich für British-American Tobacco (BAT) sowie zwei EUTOP-Unternehmen

EU Transparenzregister

Auch im europäischen Transparenzregister ist EUTOP eingetragen. Dort hat [EUTOP Europe GmbH](#) (Stand: 23.05.2025) für das Jahr 2023 5.650.000 Euro Lobbyausgaben und 42 beschäftigte Lobbyist:innen (im Vollzeitäquivalent 19,8) angegeben. Nach den Registerangaben arbeitete EUTOP u.a. für AMADEUS IT Group, AlzChem, Apeel Technology, BMW. Group, Bayer und British American Tobacco

EUTOP Europe GmbH ist Mitglied im [European Policy Centre](#).

Organisationsstruktur und Personal

Die Holdinggesellschaft der EUTOP Group ist die EUTOP International GmbH, München, mit den Tochtergesellschaften EUTOP Europe GmbH, EUTOP Brussels SRL, EUTOP Administration GmbH und EUTOP Trademark GmbH^[15] Neben der Zentrale in München unterhält EUTOP Büros in Brüssel, Frankfurt, Berlin, Düsseldorf, Paris, Madrid, Rom, Wien, Budapest, Prag und Kopenhagen. Das EUTOP-Team besteht aus rund 150 Personen. Neben den Mitarbeitern gehören dazu auch Strukturelle Berater. Die EUTOP International GmbH erzielte 2023 Umsatzerlöse in Höhe von 10,1 Mio. Euro; der Bilanzgewinn lag bei über 2 Mio.Euro.^[16] EUTOP International ist eine Tochtergesellschaft der EUXEA Holding GmbH, deren Geschäftsführender Gesellschafter Klemens Joos ist.

Geschäftsführung

Geschäftsführer sind:

- Klemens Joos
- Felix Dane, seit 05/2025 , EUTOP Brussels SRL
- Christian Schaufler, ehem. Büroleiter des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Mappus (CDU), ehem. Büroleiter der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
- Stefan Mappus
- Arne Leimenstoll

Advisory Board / Beirat

- Vorsitzender seit 05/2025 Rainer Wend^[17]

Direktoren

Die Direktoren sind [hier](#) abrufbar

Senior Consultants

Die Senior Consultants sind [hier](#) abrufbar

Strukturelle Berater

EUTOP bezeichnet selbständige Berater, die für das Unternehmen als Unterauftragnehmer tätig sind, als Strukturelle Berater. Darunter befinden sich viele ehemalige Spitzenpolitiker und Ex-Staatssekretäre. LobbyControl hat im Lobbyregister (Stand: 02.02.2025) die folgenden Unterauftragnehmer:innen aus Politik und Verwaltung identifiziert, die meist für mehrere der EUTOP-Kunden tätig waren.^[18]:

- Bernd Westphal, MdB (SPD) bis 03/2025
- Hans-Jürgen Thies, MdB (CDU) bis 03/2025
- Joachim Becker, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Gesundheit (BMG) bis 02/2024
- Ulrich Kelber, SPD-Bundestagsabgeordneter 2000-2019, 2013-2018 Parlamentarischer Staatssekretär im BM Justiz und Verbraucherschutz, Bundesbeauftragter für Datenschutz und die Informationsfreiheit 2019 - 07/2024
- Leo Dautzenberg, CDU-Bundestagsabgeordneter 1998-2011
- Volkmar Vogel, CDU-Bundestagsabgeordneter 2002-2021, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern 2020-2021
- TKM Consulting, Beratungsunternehmen von Martin Dörrmann, SPD-Bundestagsabgeordneter 2002-2017
- Ursula Heinen-Esser, CDU-Bundestagsabgeordnete 1998-2013, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium 2007-2013, Ministerin für Umwelt und Landwirtschaft in NRW 2018-2022
- Hans-Ulrich Krüger, SPD-Bundestagsabgeordneter 2002-2009 & 2013-2017
- Clemens Neumann, Abteilungsleiter im Bundeslandwirtschaftsministerium 2006-2019
- Ludwig Stiegler, SPD-Bundestagsabgeordneter 1980-2009
- Hans-Bernhard Beus, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium 2010-2013 und im Bundesministerium des Innern 2008-2010
- Alexander Pickart Alvaro, FDP-Europaabgeordneter 2004-2014, Vizepräsident des Europaparlaments 2011-2014
- Franz-Josef Lersch-Mense, SPD, NRW-Europa- und Medienminister im Bundeswirtschaftsministerium 2015-2017, Chef der Staatskanzlei NRW 2010-2017
- Uwe Beckmeyer (ExxonMobil), SPD, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium 2013-2018
- Wolfgang Herrmann (Bayer AG), Präsident der TU München 1995-2019
- Christine Scheel (Edeka), Grünen-Bundestagsabgeordnete 1994-2013

Ehemalige Mitarbeiter

- [Hendrik Wüst](#) (CDU), seit 2021 Ministerpräsident des Landes NRW, war von 2002-2005 als Vorsitzender der Jungen Union NRW und Mitglied des Bundesvorstands der CDU bei EUTOP tätig, zunächst als Referendar, ab 2004 als Syndikus.^{[19][20]} Danach wurde er Generalsekretär der CDU NRW. Wüst war in die CDU-Parteitag Sponsoring-Affäre um [Jürgen Rüttgers](#) verwickelt, für die er die Verantwortung übernahm und daraufhin zurücktreten musste.

Fallbeispiele

2016: Ministererlaubnis zur Fusion von Edeka und Kaiser's Tengelmann

Die EUTOP war von **Edeka** beauftragt worden, sich in der Politik für eine Unterstützung der Fusion einzusetzen. Bei Kontakten zum **Bundeswirtschaftsministerium** kann sich EUTOP auf die Beziehungen ihres Geschäftsführers **Detlef Dauke** stützen, der bis Frühjahr 2015 Abteilungsleiter für Innovations-, IT- und Kommunikationspolitik im BMWi war.^[21] Zunächst hatte Wirtschaftsminister **Sigmar Gabriel** entsprechende Kontakte bestritten, musste dann aber aufgrund einer parlamentarischen Anfrage zugeben, sich in der fraglichen Zeit mit Klemes Joos getroffen zu haben. Edeka verweigerte auf Nachfrage von Medien genauere Angaben über den Auftrag.^[22] Auch zu seinen Treffen mit den Chefs der Konzerne hatte der Minister zunächst falsche Angaben gemacht.^{[23][24]}

Im Sommer 2016 erlaubte Gabriel die vom Bundeskartellamt untersagte Fusion entgegen dem Votum der **Monopolkommission**. Das OLG Düsseldorf setzte mit Beschluss vom 12. Juli 2016 die Ministererlaubnis im Eilverfahren außer Kraft und erhob gegenüber Gabriel den Vorwurf der Besorgnis der Befangenheit.^{[25][26]} Daraufhin reichte das Bundeswirtschaftsministerium gegen den Beschluss des OLG sowohl Nichtzulassungsbeschwerde als auch zulassungsfreie Rechtsbeschwerde zum BGH ein.^[27] Durch die Rücknahme der Beschwerden im Hauptverfahren wurde die Ministererlaubnis im Dezember 2016 rechtskräftig.

2009: Vermittlung von Honorarrednern

Spiegel Online veröffentlichte 2009 einen Artikel mit dem Titel: "Skandalkonzern: Lobbyfirma soll überhöhte Honorare an Politiker gezahlt haben - Telekom unter Druck". Darin heißt es EUTOP soll hochrangige Politiker jahrelang mit lukrativen Honoraren für Vorträge geködert haben, um sie an die Lobbyfirma zu binden. In dem Artikel wird die Telekom als Geldgeber genannt, wobei sich die Autoren auf Akten der Bonner Staatsanwaltschaft beziehen. EUTOP erhob Klage gegen den Artikel und erwirkte, dass er wegen angeblichen Falschbehauptungen aus dem Netz genommen werden musste, ebenso wie Verweise auf den Bericht. Eine Kopie ist allerdings auf Wikileaks zu finden^[28].

Mehrere prominente Politiker wurden von der EUTOP Speaker Agency GmbH als Honorarredner vermittelt, u. a. der ehemalige Wirtschaftsminister **Michael Glos** (CSU), Ex-Arbeitsminister **Walter Riester** (SPD) sowie in den Jahren 2006 und 2007 der damalige FDP-Vorsitzende **Guido Westerwelle**^[29]. Dafür hat Westerwelle jeweils mehr als 7.000 Euro erhalten. Die genauen Zahlungen sind nicht bekannt, da die Nebeneinkünfte-Regeln des Deutschen Bundestages nur grob festgelegt und nach oben offen sind.

2006: FDP-Parteisponsoring-Affäre

Ein Beispiel für die Überschneidungen der Inhalte von politikscreen (später polixea) und den Interessen der EUTOP-Kunden, ist ein Gastbeitrag des damaligen FDP-Vorsitzenden **Guido Westerwelle** im September 2006 über die Änderung des Telekommunikationsgesetzes. Darin argumentierte er gegen eine weitreichende Regulierung des neuen VDSL-Breitbandnetzes der Deutschen Telekom. Das half der Deutschen Telekom bei der Frage, ob sie das neue Breitbandnetz ungeschützt von Konkurrenz einführen könne. Die Telekom-Tochtergesellschaft T-Online war währenddessen Kunde von EUTOP und hatte einen Content-Vertrag zur Abnahme von Inhalten der polixea^[30]. Kurz nach Westerwelles Beitrag flossen 100.000

Euro von der politikerscreen.de AG an die FDP. Im Oktober 2006 stellte die ProLogo GmbH, die das Sponsoring für die FDP abwickelte, der politikerscreen.de AG 6 Rechnungen über "Sponsorenbeiträge" für FDP-Veranstaltungen. Die 6 Rechnungen addierten sich genau auf 100.000 Euro. Laut Spiegel waren die Gegenleistungen der FDP gering: auf den Einladungen zu den Veranstaltungen sollte das Logo von politikerscreen erscheinen und bei den Veranstaltungen Flyer ausliegen. Auf Parteitagungen würden Sponsoren für geringere Summen große Messestände bekommen. Es kam der Verdacht auf, bei den Zuwendungen handle es sich um einer verdeckte Parteispende. Sponsoringzahlungen müssen von den Parteien nicht offen gelegt werden. Die Zahlungen an die FDP wurden nur durch einen Bericht des Spiegels im März 2010 öffentlich. Da war politikerscreen schon nicht mehr aktiv. Joos hatte polixea 2008 verkauft. Anschließend wurde polixea ein Angebot der trupoli AG. Kurze Zeit später wurde beides eingestellt^[31].

EUTOP-Artikel bei LobbyControl

- [Wie wirken die neuen Lobbyregister-Regeln? 05. August 2024](#)
- [Verteidigungsministerium soll Lobbyjob von Ex-Staatssekretär untersagen, 01. Dezember 2014](#)
- [Neue Parteisponsoring-Affäre bei der FDP?, 06. April 2010](#)
- [Eutop lässt Artikel entfernen, 16. Juni 2009](#)

Weitere Informationen

- [Eigendarstellung im EUTOP Magazin 2024](#)
- [30 Jahre EUTOP](#)
- [Agentur EUTOP - Wie ein Lobby-Riese mit dem Wirtschaftsministerium kooperiert Stern 28.03.2017](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Der Fall Nüsslein: von alten Seilschaften, Lobbyisten und der Gier nach Geld](#), augsburger-allgemeine.de vom 16.03.2021, abgerufen am 28.05.2022
2. ↑ [Pikanter Seitenwechsel: Vertrauter von Innenminister de Maziere wird Geschäftsführer einer Lobbyagentur](#), abgeordnetenwatch.de vom 25.11.2014, abgerufen am 28.05.2022
3. ↑ [Lobbyismus und Politik NRW](#), lokalkompass.de vom 06.10.2021, abgerufen am 28.05.2022
4. ↑ [EUTOP und die Europäische Union](#), eutop.com, abgerufen am 28.05.2022
5. ↑ [Polixea - wer es alles einbindet](#), sueddeutsche.de vom 19.12.2007, abgerufen am 26.05.2022
6. ↑ [Lindauer Zeitung Verdienstorden für Klemens Joos](#), pressreader.com, abgerufen am 26.05.2021
7. ↑ [Berufung der Woche](#), focus.de vom 18.02.2022
8. ↑ [Wer steckt hinter Polixea?](#) www.lobbycontrol.de vom 16.01.2008, abgerufen am 08.06.2022
9. ↑ [Der Spiegel 13/2010: Teure Broschüren](#), abgerufen am 15.05.2017.
10. ↑ [Your Partner for Governmental Relations](#), eutop.com, abgerufen am 24.02.2022
11. ↑ [30 Jahre EUTOP](#), dr-joos.eu, abgerufen am 25.02.2022
12. ↑ [Liste veröffentlicht: Diese Lobbyisten haben Zutritt zum Bundestag](#), abgeordnetenwatch.de vom 28.11.2015, abgerufen am 26.05.2021

13. ↑ [stern.de](#), Titel: Wie die Lobbyagentur EUTOP mit dem Wirtschaftsministerium kooperiert, von Hans-Martin Tillack
14. ↑ [Wie wirken die neuen Lobbyregister-Regeln?](#), lobbycontrol.de vom 05.08.2024, abgerufen am 23.08.2024
15. ↑ [EUTOP Group Status quo](#), eutop.com, abgerufen am 23.08.2024
16. ↑ [Jahresabschluss der EUTOP International GmbH zum 31. Dezember 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 24.08.2024
17. ↑ [Beirat](#) eutop.com, abgerufen am 23.05.2025
18. ↑ [Wie wirken die neuen Lobbyregister-Regeln?](#), lobbycontrol.de vom 05.08.2024, abgerufen am 23.08.2024
19. ↑ [Hendrik Wüst](#), land.nrw, abgerufen am 24.02.2022
20. ↑ [Daniel Goffart und Thomas Siegm: Klamme Parteien nerven die Wirtschaft](#), Handelsblatt vom 23.02.2010, abgerufen am 15.05.2017.
21. ↑ [Geschäftsführung](#), eutop.de, abgerufen am 15.05.2017
22. ↑ [Vize-Kanzler in der Kritik: Das dicke Fell des Sigmar Gabriel](#), Webseite des Bayerischen Rundfunks, 3. August 2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
23. ↑ [Tengelmann-Übernahme: Gabriels geheime Treffen mit dem Edeka-Chef](#), Der Spiegel, 28. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
24. ↑ [auf eine Parlamentarische Anfrage](#), Webseite des Bundestags, 25. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
25. ↑ [Pressemitteilung Nr. 25/2016 des OLG Düsseldorf](#), olg-duesseldorf.nrw.de, abgerufen am 16.05.2017
26. ↑ [Heribert Prantl: Richter als Politiker](#), sueddeutsche.de 05.08.2016, abgerufen am 15.05.2017
27. ↑ [Ministererlaubnis Edeka/Tengelmann: Bundeswirtschaftsministerium legt vollumfänglich Rechtsmittel ein](#), juris.de, abgerufen am 15.05.2017
28. ↑ [Martin Reyher: Pikanter Seitenwechsel: Vertrauter von Innenminister de Maizière wird Geschäftsführer einer Lobbyagentur](#), abgeordnetenwatch.de vom 25.11.2014, abgerufen am 15.05.2017.
29. ↑ [Thorsten Denkler und Oliver Das Gupta: Westerwelle oder die Hand die nimmt](#), Süddeutsche vom 25.02.2010, abgerufen am 15.05.2017.
30. ↑ [Ulrich Müller: Neue Parteisponsoring-Affäre bei der FDP](#), Lobbycontrol vom 6. April 2010, abgerufen am 15.05.2017.
31. ↑ [Der Spiegel 13/2010: Teure Broschüren](#), abgerufen am 15.05.2017.

Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Der **Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie** (BDSV) ist die gemeinsame Interessenvertretung der Unternehmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Organisiert sind im Verband 221 Unternehmen und deren Töchter.^[1] Er wurde 2009 gegründet und ist aus dem Ausschuss für Verteidigungswirtschafts- und Sicherheitsfragen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)

**Bundesverband der Deutschen
Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.
V. (BDSV)**



hervorgegangen. Laut der Rosa-Luxemburg-Stiftung seien es vor allem "einige wenige, große von der Wehrtechnik besonders abhängige Unternehmen(ESG, EADS(Airbus), Diehl-Defence, KMW, Lürssen(NVL), Rheinmetall) gewesen, die die Gründung des Verbandes vorangetrieben haben. ^[2]

Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e. V. (BDSV)

Rechtsfo eingetragenener Verein

rm

Tätigkei Interessenvertretung der deutschen

tsbereich Sicherheits- und

h Verteidigungsindustrie

Gründun September 2009

gsdatum

Hauptsit Friedrichstr. 60, 10117 Berlin

z

Lobbybü

ro

Lobbybü Brüssel, Rue Marie de Bourgogne 58

ro EU

Webadr www.bdsv.eu

esse

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	30
2 Organisationsstruktur und Personal	31
2.1 Vorstand	31
2.2 Mitglieder	31
2.3 Verbindungen	31
3 Lobbystrategien und Einfluss	31
3.1 Veranstaltungen	31
3.2 Generalleutnant Marzi erster Geschäftsführer des BDSV	32
4 EU-Taxonomie	32
5 Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)	32
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	34
7 Einzelnachweise	34

Kurzdarstellung und Geschichte

Der BDSV fungiert als "Point of Contact" der deutschen [Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#) und als Scharnier zwischen Unternehmen, Politik, Gesellschaft, Institutionen und Medien.^[3] Zu den Aufgaben/Zielen gehören u. a. die Interessenvertretung beim Bund, der EU und internationalen Institutionen, die enge Zusammenarbeit mit relevanten Bundesministerien und der Bundeswehr sowie die Mitarbeit bei der Vorbereitung und die Umsetzung behördlicher Verfügungen, Verordnungen und Gesetzen.^[4] Der BDSV verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk in Deutschland und Europa, auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen und bietet Informationen über die relevanten Themen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.^[5]

Der BDSV behandelt die folgenden [Themen](#):

- Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

- Exportkontrolle
- Innovation, Forschung & Technologie
- Wirtschaft und Recht
- Europa
- Digitale Konvergenz
- Mittelstand

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Mitglieder des [Vorstands](#) sind u.a.

- Armin Papperger (Präsident), Vorsitzender des Vorstands von [Rheinmetall](#)
- Ralf Ketzler (Vizepräsident), Vorsitzender der Geschäftsführung von [Krauss-Maffei Wegmann](#)
- Stefan Thomé (Vizepräsident), Vorsitzender der Geschäftsführung der [Airbus Helicopters Deutschland GmbH](#)

Die gesamte Liste ist [hier](#) abrufbar. (Stand: Januar 2022)

Mitglieder

Ordentliche Mitglieder können Unternehmen der Wehrtechnik oder Sicherheitstechnik mit industrieller Wertschöpfung in der Bundesrepublik Deutschland werden, die sich auf dem Gebiet der Ausrüstung von Organen der Landesverteidigung und inneren Sicherheit betätigen. Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Verbindungen

Der BDSV ist Mitglied in den folgenden Organisationen^[6]:

- [AeroSpace & Defence Industries Association of Europe \(ASD\)](#)
- [NATO Industrial Advisory Group \(NIAG\)](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik \(DWT\)](#)
- [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#)
- [Deutsches Maritimes Institut](#) (korporatives Mitglied)^[7]
- [Sky and Space](#)

Lobbystrategien und Einfluss

Veranstaltungen

Der BDSV veranstaltet die Berliner Strategiekonferenz, die Young Leader's Conference und die Caféhausgespräche.^[8]

Generalleutnant Marzi erster Geschäftsführer des BDSV

Heinz Marzi war bis März 2009 Generalleutnant der Bundeswehr. Nach seiner Pensionierung wurde er erster Geschäftsführer des BDSV. Im November 2010 stellte das **Bundesverteidigungsministerium** einen Interessenkonflikt zwischen seiner neuen Tätigkeit als Lobbyist und seinem ehemaligen Posten bei der Bundeswehr fest und verbot Marzi daraufhin seine Tätigkeit als Geschäftsführer des BDSV.^[9]

EU-Taxonomie

Um die Ziele des Europäischen Green Deal wie auch die Klimaziele der EU für 2030 zu erreichen, forciert die EU-Kommission im Rahmen der "EU-Taxonomy für Sustainable Activities" die Einordnung von Investitionen in "positiv" und "negativ" oder "neutral" in Bezug auf ihre Förderung von Nachhaltigkeit. Diese Kennzeichnung soll Banken und Versicherungen und mittelbar auch die Anleger:innen zu einer Entscheidung für nachhaltige Finanzprodukte bringen und damit eine positive Rückkopplung zur Realwirtschaft bewirken.^[10]

In diesem Zusammenhang meldete sich der Hauptgeschäftsführer des BDSV, **Hans Christoph Atzpodien**, zu Wort und bemängelte, dass die **EU-Taxonomie** für nachhaltige Anlagen massive negative Auswirkungen für die Rüstungsbranche hätte. Durch ihre Einordnung von Rüstungsprodukten als nicht nachhaltigkeitsfördernd würden die "Lieferanten von Streitkräften und Sicherheitsorganen von privater Finanzierung" abgeschnitten, wobei doch "Ohne Sicherheit [...] es Nachhaltigkeit nicht geben [könne]."^[11] Der Kern von Nachhaltigkeit sei aber die Erhaltung der Lebensgrundlage künftiger Generationen, wobei Sicherheit und Frieden in Europa nicht ohne gut ausgerüstete Sicherheitskräfte zu gewährleisten sei. Daher fordert er, die Rüstungsbranche bezüglich der Taxonomie nicht als neutral sondern als explizit positiv einzustufen.^[12]

Dementsprechend kritisierte der Hauptgeschäftsführer auch die Politik: Nach Gesprächen in Berlin und Brüssel habe er manchmal den Eindruck gehabt, die Politik "wisse nicht was sie tue" und es sei kein Problembewusstsein vorhanden.^[13]

Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)

Im Koalitionsvertrag beschloss die Ampelregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) erarbeiten zu wollen. Ziel des REKGs war es laut Wirtschaftsministerium (BMWK), die „restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erstmals ausdrücklich gesetzlich“ festzuschreiben und verschiedene existierende Regeln und Richtlinien zu vereinheitlichen^[14]. Das Gesetz sollte auch Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr Gewicht verleihen, sowie die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken.

Am 14.10.2022 veröffentlichte das BMWK ein **Eckpunktepapier** für das REKG. Wesentliche Regelungsvorschläge waren:

- Schaffen eines verbindlichen Kriterienkatalogs für Rüstungsexportentscheidungen
- Erweiterung des Menschenrechtskriteriums
- Stärkung der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern
- Ausweitung der Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter durch Post-Shipment-Kontrollen und Einrichtung einer zugehörigen Meldestelle im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)

- Umstellung der bisherigen zweifachen Genehmigungserfordernis bei der Ausfuhr von Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz auf ein Verfahren
- Erhöhte Transparenz, z.B. durch die Einführung einer recherchierbaren Datenbank
- Bekämpfung von Korruption
- Beschleunigte Verfahren durch mehr Personal und Sachmittel für das BAFA

Während der Ausarbeitung des REKGs im Wirtschaftsministerium fanden mehrere Konsultationen mit Vertreter*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt.^[15] Basierend auf den Stellungnahmen dieser Akteure fanden Ende November 2022 zwei Fachgespräche statt. Vertreten waren dort unter anderen Rheinmetall, Airbus, Thyssenkrupp, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die IG Metall, Amnesty International und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Die komplette Liste der Teilnehmenden ist [hier](#) einsehbar.

Die Entscheidung, durch das REKG eine restriktive Exportpolitik gesetzlich festzuschreiben, war von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begrüßt worden. Dennoch kritisierten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und auch wissenschaftliche Institute wie das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) das REKG-Eckpunktepapier als unzureichend, vor allem in Bezug auf das fehlende Verbandsklagerecht.^{[15][16][17][18]} Die Rüstungsindustrie sprach sich von Anfang an großteils gegen das REKG aus. So auch der BDSV.

Im November 2022 bezog der BDSV gemeinsam mit dem BDI und dem BDLI Stellung zum Eckpunkteentwurf des Wirtschaftsministeriums.^[19] Ein zentraler Punkt für die Verbände war dabei die Abstimmung der Kriterien für Exportentscheidungen mit europäischen Partnern. Andernfalls riskiere man eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der deutschen Unternehmen. Dementsprechend kritisierten die Autor*innen auch den Eckpunkt, Post-Shipment-Kontrollen auszuweiten. Des Weiteren müssten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bei einer Ausweitung der Transparenz geschützt und Risiken für Rüstungskonzerne durch Entschädigungsansprüche minimiert werden. In Bezug auf die Stärkung des Menschenrechtskriteriums im REKG, forderten BDLI, BDI und BDSV rechtssichere Definitionen. Es müsse ein Bezug zwischen exportiertem Gut und konkreter Menschenrechtsverletzung bestehen.

Auch in den Gesprächen und Konsultationen zum REKG kritisierte Hans Christoph Atzpodien, der Hauptgeschäftsführer des BDSV, den REKG-Eckpunkteentwurf. Das Gesetz sei „überflüssig und kontraproduktiv“ und enge den politischen Handlungsspielraum ein.^[20] Er warnte vor den Folgen eines Verbandsklagerechts, das NGOs zu „Wächtern“ der Außen- und Sicherheitspolitik mache und die europäische Rüstungskooperation gefährde. Der BDSV kritisierte auch die geplante Ausweitung der Post-Shipments-Kontrollen, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie beeinträchtigen würde. Laut Vertreter Peter Scheben sollte dieses Instrument im Sinne eines Level-Playing-Fields mindestens auf EU-Ebene vereinheitlicht werden.

Neben dem BDSV lobbyierten unter anderem die folgenden Konzerne und Verbände gegen das REKG und eine restriktive Rüstungsexportpolitik: Airbus, Rheinmetall, der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Mit dem vorzeitigen Bruch der Ampel-Koalition, verkündete die Bundesregierung im Februar 2025, man werde das geplante REKG in der verkürzten Legislaturperiode nicht weiterverfolgen.^[21]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [About](#), Webseite des BDSV, abgerufen am 24.01.2022.
2. ↑ [Vernetzte Waffenschmieden- Rüstungsindustrie in Deutschland](#) rosalux.de, abgerufen am 31.03.2022
3. ↑ [Der BDSV](#), Website des BDSV, abgerufen am 19.12.2023
4. ↑ [Über uns](#), Website des BDSV, abgerufen am 19.12.2023
5. ↑ [Tätigkeitsfelder](#), Website des BDSV, abgerufen am 19.12.2023
6. ↑ [Tätigkeitsfelder](#), bdsv-eu, abgerufen am 27.12.2023
7. ↑ [In eigener Sache: Neue Mitglieder beim DMI](#), Meer Verstehen Blog des DMI, abgerufen am 19.01.2013
8. ↑ [Konferenzen](#), ruestungsindustrie.info, abgerufen am 29.04.2017
9. ↑ [Verteidigungsministerium stoppt Lobbyarbeit von Ex-General](#), Spiegel-Online vom 06. November 2010, abgerufen am 27.12.2023
10. ↑ [What is the EU Taxonomy?](#), Webseite der Europäischen Kommission, abgerufen am 31.01.2022.
11. ↑ [Opfert die EU unsere Sicherheit dem Green Deal?](#), Standpunkt von Hans Christoph Atzpodien für TableEurope vom 10.12.2021, abgerufen am 31.01.2022.
12. ↑ [Wie sozial sind Waffenfabriken?](#) sueddeutsche.de, abgerufen am 31.03.2022
13. ↑ [„Sie wissen nicht, was sie da tun“](#), bdsv.eu, abgerufen am 31.03.2022
14. ↑ [BMWK Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
15. ↑ ^{15,015,1} ["Regelung der Rüstungsexporte: Gesetz mit Schlupflöchern"](#), taz.de, abgerufen am 20.04.2026
16. ↑ [Stellungnahme Greenpeace zum REKG](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 22.04.2026
17. ↑ [Pressemitteilung Terre des Hommes](#), tdh.de, abgerufen am 22.04.2026
18. ↑ [PRIF Blog: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Außen- und Sicherheitspolitik](#), blog.prif.org, abgerufen am 20.04.2026
19. ↑ [Stellungnahme BDSV, BDLI und BDI vom 22.11.2022](#), abgerufen am 10.04.2026
20. ↑ [Fachgespräch zum REKG am 06.04.2022](#), abgerufen am 20.04.2026
21. ↑ [Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht weiter verfolgt](#), bundestag.de, abgerufen am 10.04.2026

Förderkreis Deutsches Heer

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. **Dankeschön!**



Jetzt spenden!

Förderkreis Deutsches Heer

Förderkreis Deutsches Heer



Der **Förderkreis Deutsches Heer (FKH)** ist ein **Netzwerkverein** der deutschen Rüstungsindustrie und verschafft seinen **Mitgliedern** privilegierte Zugänge zu Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Damit ähnelt der FKH der **Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik** und - mit Abstrichen - der **Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. (GSP)**

Mitgliedsunternehmen des FKH sind u.a. **Rheinmetall**, **Heckler & Koch**, **Krauss-Maffei Wegmann**, **Diehl**, **Airbus**, **Boeing**, **friedrich30** und **ZF Friedrichshafen**.

Im dreiköpfigen Vorstand des FKH sitzt Joe Weingarten, bis 2025 **MdB** für die **SPD** und Mitglied im **Verteidigungsausschuss** im Deutschen Bundestag. Im **Vereinspräsidium** sind weiter Mitglieder des **Verteidigungsausschusses** vertreten: **Wolfgang Hellmich (SPD)**, **Reinhard Brandl (CSU)**, sowie bis November 2023 dessen ehemalige Vorsitzende **Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP)**.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Lobbytätigkeit für die Rüstungsindustrie
Gründungsdatum	1985
Hauptsitz	Adenauerallee 15, 53111 Bonn
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.fkhev.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	35
2 Lobbystrategien und Einfluss	36
3 Fallstudien und Kritik	36
3.1 2023: Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V. ...	36
3.2 2018: Lars Klingbeil (SPD) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V.	37
3.3 2010: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE	37
3.4 2009: Bundestagsabgeordnete nehmen Einfluss auf einen staatlichen Rüstungsauftrag	37
3.5 2009: Abgeordnete verschweigen Mitgliedschaft im FKH	38
4 Organisationsstruktur und Personal	38
4.1 Vereinsvorstand	38
4.2 Vereinspräsidium	38
4.3 Mitgliedsfirmen	39
5 Finanzen	39
6 Weiterführende Informationen	39
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	39
8 Einzelnachweise	39

Kurzdarstellung und Geschichte

Der Förderkreis Deutsches Heer e.V. ist eine 1995 gegründete Lobbyorganisation der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

Ziel des Vereins ist es, den Mitgliedern Zugang zu politischen Entscheidungsträger:innen zu verschaffen. Nach eigenen Angaben ist der Zweck aber auch "die Förderung gemeinschaftlicher Interessen der Mitglieder gegenüber Staat und Gesellschaft, [...] sowie deren Vertretung gegenüber nationalen und internationalen Organisationen und Stellen."^[1]

Lobbystrategien und Einfluss

Die Einbindung von Parlamentarier:innen, zu denen auch Mitglieder des Verteidigungs- und Haushaltsausschusses gehören, in den Förderkreis Deutsches Heer (FKH) verschafft der Rüstungsindustrie einen privilegierten Zugang zu Personen, die über die Höhe des Verteidigungshaushalts und die Bewilligung von militärischen Großprojekten entscheiden.

Die Lobby-Aktivitäten des FKH reichen von Info-Lunches und Parlamentarischen Abenden bis hin zur Organisation von Symposien und der Betreuung von gemeinsamen Auftritten auf Rüstungsmessen. Die Veranstaltungen sind auf der [Website](#) abrufbar.

Mit dem Arbeitskreis "Young Leaders" des FKH sollen junge Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Heer schon frühzeitig vernetzt werden.^[2] Der FKH veröffentlicht weiterhin den InfoBrief Heer, der zweimonatlich in gedruckter sowie einer Online-Fassung erscheint.^[3]

Auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE zum Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen antwortete die Bundesregierung, dass sie in der engen Zusammenarbeit von Rüstungsindustrie und Parlamentarier:innen kein Problem sieht.^[4]

Im deutschen Lobbyregister gibt der Förderkreis Deutsches Heer an (Stand: März 2025) im Jahr 2023 mindestens 1.110.000 Euro für Lobbytätigkeiten ausgegeben zu haben und einen Lobbyisten zu beschäftigen.^[5]

Fallstudien und Kritik

2023: Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V

In einem Interview mit Tilo Jung im Juni 2023 äußerte sich die ehemalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und FDP-Abgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann zu ihrer Funktion im Förderkreis Deutsches Heer. Die Frage, ob sie sich vor dem Hintergrund ihrer Präsidiumsmitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V als Lobbyistin bezeichne, verneinte Strack-Zimmermann wiederholt. Obwohl Jung sie darauf hinwies, dass sich sowohl der Förderkreis Deutsches Heer als auch die [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#) als Lobbyorganisationen verstehen, blieb Strack-Zimmermann bei ihrem Urteil. Strack-Zimmermann war bis Mai 2023 Präsidiumsmitglied in der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik und bis November 2023 im Präsidium des Förderkreis Deutsches Heer. "Das sind zwei Rüstungslobbys wo du Mitglied bist, du bist aber keine Lobbyistin?" fragte Tilo Jung. "Nein ich bin keine Lobbyistin" so Strack-Zimmermann.^[6]

Sie sehe ihre Rolle nicht darin, der Rüstungsindustrie durch ihre Tätigkeit zu mehr Profit zu verhelfen. "Ich lobbyiere für die Sicherheit der Menschen in diesem Land und darüber hinaus in Europa."^[6]

LobbyControl kritisierte bereits 2022 die Positionen Strack-Zimmermanns in der Rüstungslobby. Ihre Tätigkeit als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages und ihre Funktion als Präsidiumsmitglied des Förderkreises Deutsches Heer sei nicht vereinbar. "Damit steht und spricht sie auch für die Organisation. Mehr Abstand wäre für eine Ausschussvorsitzende wünschenswert", so Timo Lange, Campaigner für Lobbyregulierung bei LobbyControl^[7].

2018: Lars Klingbeil (SPD) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V.

Lars Klingbeil, seit Dezember 2021 Bundesvorsitzender der SPD, äußerte sich 2018 auf Anfrage bei *abgeordnetenwatch.de* zu seiner ehemaligen Tätigkeit im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer: „Als ich von der SPD-Fraktion gefragt worden bin einen Platz im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer zu besetzen habe ich zugesagt, weil dort wichtige Debatten zur Zukunft des Heeres geführt werden und ich meine Perspektive mit den Erfahrungen aus meiner Heimatstadt Munster in die Debatten einbringen wollte. Die Mitgliedschaft im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer habe ich unter anderem auf meiner Abgeordnetenseite des Deutschen Bundestages dokumentiert.

Inzwischen nehme ich diese Tätigkeit im Präsidium des Förderkreises nicht mehr war, aber habe von meinem parlamentarischen Engagement für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nichts zurück zu nehmen.“ ^[8]

2010: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE

Im März 2010 stellte die Bundestagsfraktion DIE LINKE eine Kleine Anfrage in der sie unter anderem die Gemeinnützigkeit von Vereinen wie dem Förderkreis Deutsches Heer, der **Gesellschaft Sicherheitspolitik** (GSP) und der **Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik** (DWT) infrage stellt.

Unternehmen, die Mitglieder des DWT und des FKH sind, haben zwischen 2005 und 2010 ca. 3,7 Mio. Euro an **CDU**, **CSU**, **FDP** und **SPD** gespendet.

2005 - 2010 erhielten CDU und CSU von der **Würth-Gruppe**, der **Commerzbank AG**, **Daimler AG**, **EADS**, **Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG**, **Rheinmetall AG**, **SAP Deutschland AG & CO. KG**, **ESG Elektronik System und Logistik GmbH**, **Rohde & Schwarz GmbH** und der **Zeppelin-Gruppe** insgesamt 2.020.450 Euro. Die SPD erhielt von der **Daimler AG**, **EADS** und **Commerzbank AG** insgesamt 1.151.000 Euro.

Die FDP bekam von der **Commerzbank AG**, der **Daimler AG**, der **Würth-Gruppe** und **Rheinmetall AG** insgesamt 501.900 Euro. Außerdem stellt die LINKE in ihrer kleinen Anfrage die Vermutung an, "dass die Rüstungsindustrie über oben genannte Vereine in organisierter und systematischer Form immensen Einfluss auf wehr- und haushaltspolitische Entscheidungen von Bundestag und Bundesregierung nimmt, um wirtschaftliche Interessen der Rüstungsindustrie zu fördern."^[4]

2009: Bundestagsabgeordnete nehmen Einfluss auf einen staatlichen Rüstungsauftrag

Im Dezember 2009 berichtete der Spiegel, dass die Abgeordneten **Bernd Siebert** und **Johannes Kahrs**, beide Mitglieder im FKH, die Anschaffung von Patrouillen-Fahrzeugen im Interesse der Rüstungsindustrie verzögert hatten. Die beiden Abgeordneten zögerten den Kauf eines vom Verteidigungsministerium favorisierten Patrouillenfahrzeuges des Rüstungskonzerns **Mowag** hinaus. So erhofften sie sich das Konkurrenzprodukt des Rüstungsunternehmens **Krauss-Maffei Wegmann** (KMW), ebenfalls Mitglied im FKH, in eine bessere Position für den Auftrag zu bringen. Die Wahlkreise der beiden Abgeordneten Siebert und Kahrs hatten laut Angaben des Spiegels über mehrere Jahre größere Spenden von KMW erhalten.^[9]

2009: Abgeordnete verschweigen Mitgliedschaft im FKH

Im August 2009 deckte die Nachrichtenagentur dpa auf, dass mehrere Bundestagsabgeordnete Nebentätigkeiten bei rüstungsnahen Vereinen verschwiegen hatten. Unter anderem waren darunter die beiden SPD-Abgeordneten [Gerd Höfer](#) und [Johannes Kahrs](#), die beide Mitglieder im Präsidium des FKH waren. Beide hatten bestritten, dass es eine Veröffentlichungspflicht gebe. Als Mitglied des Verteidigungsausschuss äußerte sich Höfer wie folgt: „Die Tätigkeit ist ehrenamtlich, braucht also nicht angezeigt werden.“ Jedoch mussten sie nach den Verhaltensregeln für Abgeordnete offen gelegt werden.^[10]

Organisationsstruktur und Personal

Vereinsvorstand

- Wolfgang Köpke, Präsident, Generalleutnant a.D.
- [Ralf Ketznel](#), Vizepräsident Industrie, Vorsitzender der Geschäftsführung beim Rüstungskonzern [Krauss-Maffei Wegmann](#)
- Joe Weingarten, Vizepräsident Politik, bis 2025 MdB für die SPD, ehemaliges Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestag (zuvor: Henning Otte, Vizepräsident Politik, MdB für die CDU, Stellv. Vorsitzender im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags^[11])

Stand März 2025:

Vereinspräsidium

Das Präsidium besteht aus mindestens 12 und höchstens 15 gewählten Mitgliedern, die auf der FKH-Webseite nicht genannt werden. Mitglieder sind unter anderem:

- Wolfgang Hellmich, MdB für die SPD^[12]
 - Obmann im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
 - Mitglied im Gremium "Sondervermögen Bundeswehr"
 - Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO
- Reinhard Brandl, MdB für die CSU^[13]
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
 - Mitglied im Gremium „Sondervermögen der Bundeswehr“
 - Vizepräsident der [Gesellschaft für Sicherheitspolitik](#)
 - Vorsitzender des Beirats „Sicherheit und Verteidigung“ der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

bis November 2023 war [Marie-Agnes Strack-Zimmermann](#) (FDP), ehemalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags, Mitglied des Vereinspräsidiums

(Stand: März 2025)

Mitgliedsfirmen

Fast alle wichtigen Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstützen die Arbeit des Vereins als **fördernde Mitglieder**. Hierzu gehören z.B. **Boeing Deutschland**, **Glock**, **Heckler & Koch**, Lufthansa Technik, **Mercedes-Benz** und **Rheinmetall**.

Finanzen

Der Etat wird überwiegend durch Mitgliedsbeiträge finanziert.^[14]

Weiterführende Informationen

- [Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion - Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Vereinszweck](#), fkhev.de, abgerufen am 12.07.2023
2. ↑ [Förderkreis Deutsches Heer e.V.: Arbeitskreis Young Leaders](#), fkhev.de, abgerufen am 04.02.2014
3. ↑ [Förderkreis Deutsche Heer e.V.: InfoBrief Heer](#), fkhev.de, abgerufen am 04.02.2014
4. ↑ ^{4,04,1} [Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion - Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen](#), bundestag.de vom 21.04.2010, abgerufen am 04.02.2014
5. ↑ [Förderkreis Deutsches Heer e.V.](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.03.2025
6. ↑ ^{6,06,1} [Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann \(FPD\) - Jung & Naiv: Folge 646](#), youtube.de, 15.06.2023, abgerufen am 23.06.2023
7. ↑ [Verflechtungen mit der Rüstungsindustrie? Lobbycontrol kritisiert Strack-Zimmermann](#), presseportal.de, 08.05.2022, abgerufen am 23.06.2023
8. ↑ [Frage an Lars Klingbeil \(SPD\)](#), abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 28.04.2022
9. ↑ [Schraube locker](#), spiegel.de, 06.12.2009, abgerufen am 04.02.2014
10. ↑ [Mitgliedschaft verschwiegen: Nähe zur Rüstungslobby](#), rundschau-online.de, abgerufen am 04.02.2014
11. ↑ [Henning Otte](#), Webseite, abgerufen am 23.06.2023.
12. ↑ [Wolfgang Hellmich](#), Webseite des Bundestages, abgerufen am 23.06.2023.
13. ↑ [Reinhard Brandl](#), bundestag.de, abgerufen am 09.09.2023
14. ↑ [Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2023](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.03.2025

Wirtschaftsbeirat Bayern

Der 1948 gegründete **Wirtschaftsbeirat Bayern**, auch **Wirtschaftsbeirat der Union** genannt, ist der einflussreiche Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen. Zwischen dem Wirtschaftsbeirat und der CSU gibt es enge Verflechtungen, die für intransparente Lobbyaktivitäten genutzt werden können. Mehrere Präsidiumsmitglieder des Wirtschaftsbeirats sind gleichzeitig Mitglieder des Präsidiums der CSU. Auch die Präsidentin [Angelika Niebler](#) gehört dem CSU-Präsidium an. (Stand: März 2022). Laut [EU Transparenz-Register](#) verfügte der Wirtschaftsbeirat im Jahr 2020 über ein Budget von ca. 906 Tsd. Euro, das im Wesentlichen über Mitgliedsbeiträge und Sponsoring finanziert wurde.

Wirtschaftsbeirat Bayern

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenverband bayerischer Unternehmen, die der CSU nahe stehen
Gründungsdatum	1948
Hauptsitz	München
Zentralbüro	Forum Berlin
Lobbybüro EU	Forum Brüssel
Webadresse	wbu.de

Inhaltsverzeichnis

1 Präsidium als Netzwerk	40
1.1 Präsident:innen	41
1.2 Schatzmeisterin	41
1.3 Einflussreiche CSU-Politiker:innen (Mitglieder des Präsidiums)	41
1.4 Repräsentant:innen von Unternehmen, Verbänden und Lobbyorganisationen	41
1.5 Bayerische Staatsminister:innen a.D.	41
1.6 Wirtschaftsnahe Wissenschaftler:innen	42
2 Lobbystrategien und Einfluss	42
3 Leugner des menschengemachten Klimawandels als Referent im Umweltausschuss	42
4 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	42
4.1 Generalsekretär	42
4.2 Präsidium	43
4.3 Foren Berlin und Brüssel	43
5 Weiterführende Informationen	43
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	43
7 Einzelnachweise	43

Präsidium als Netzwerk

Dem [Präsidium](#) des Wirtschaftsbeirats gehören aktuelle und ehemalige CSU-Politiker, Repräsentanten von Unternehmen und Verbänden, Staatsminister a.D. sowie wirtschaftsnahe Wissenschaftler an.

Präsident:innen

- [Angelika Niebler](#), (Präsidentin), Leiterin Forum Brüssel), Mitglied des Europäischen Parlaments sowie Mitglied des CSU-Präsidiums, Stellv. Parteivorsitzende der CSU und Vorsitzende der CSU-Europagruppe. Über Frau Niebler nimmt die Lobbyorganisation regelmäßig an den Sitzungen des CSU-Präsidiums teil
- Hans Hammer (Vizepräsident), Vorstandsvorsitzender der Hammer AG und Schatzmeister der CSU München
- Reimund Gotzel (Vizepräsident), Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG

Schatzmeisterin

- Christine Bortenlänger, Geschäftsführende Vorständin des Deutschen Aktieninstitut

Einflussreiche CSU-Politiker:innen (Mitglieder des Präsidiums)

Im Präsidium des Wirtschaftsbeirats sind - neben Frau Niebler - die folgenden weiteren Mitglieder des CSU-Präsidiums aktiv: Ilse Aigner (Präsidentin des Bayerischen Landtags), Joachim Herrmann (Mitglied des Bayerischen Landtags, Bayerischer Staatsminister des Innern) und Manfred Weber (Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Stellv. Parteivorsitzender der CSU).

Repräsentant:innen von Unternehmen, Verbänden und Lobbyorganisationen

Hierzu gehören u.a.:

- Ilka Hostmeier, BMW AG
- Roland Berger, Roland Berger Strategy Consultants GmbH
- Bertram Brossardt, [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw)
- Astrid Hamker, [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Michael Jäger, [Bund der Steuerzahler Bayern](#), [Europäischer Wirtschaftssenat](#)
- Klemens Joos, Lobbyagentur [EUTOP](#)
- Sigmund Gottlieb, [Kekst CNC](#)
- Peter Kössler, AUDI
- Christian Pols, [Airbus Defence Space GmbH](#)
- Thomas Schmid, Bayerischer Bauindustrieverband

Bayerische Staatsminister:innen a.D.

- Reinhold Bocklet
- Erwin Huber
- Ursula Männle
- Alfred Sauter
- Hans Spitzner

Wirtschaftsnahe Wissenschaftler:innen

- Hans-Werner Sinn, Präsident a.D. ifo Institut
- [Clemens Fuest](#), Präsident ifo Institut

Lobbystrategien und Einfluss

Der Wirtschaftsbeirat Bayern ist ein Netzwerk CSU-naher Unternehmern, die für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen in Land, Bund und EU eintreten. Die Vereinigung vertritt die Interessen von rund 1.900 Mitgliedern (Unternehmerinnen und Unternehmer, Führungskräfte aus der Wirtschaft, Vertreter der Freien Berufe sowie international tätige Großunternehmen und mittelständische Betriebe aus Bayern).

An den Veranstaltungen^[1] sowie den Sitzungen der Ausschüsse und Arbeitskreise^[2] beteiligen sich neben Vertretern der Wirtschaft oft auch führende Vertreter der bayerischen Landesregierung, CSU-Minister und CSU-Bundestags-, Landtags- und Europaabgeordnete. Regelmäßige Treffen gibt es auch mit Vertretern der Bundesregierung und der EU-Kommission. Die bayerische Wirtschaft erhält so die Gelegenheit, bei politischen Entscheidungsträgern für ihre Vorstellungen wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen zu werben.

Präsidentin und Ansprechpartnerin in Brüssel ist die Europaabgeordnete [Angelika Niebler](#) (CSU), Rechtsanwältin bei Gibson, Dunn & Crutcher, und Vorsitzende der CSU-Europagruppe. Im Jahresbericht 2018 des Generalsekretärs des Wirtschaftsbeirats wird zu den Aktivitäten in Brüssel ausgeführt: "Für Sie als Mitglieder des Wirtschaftsbeirats kommt es darauf an, dass wir Ihre Anliegen auch in Berlin und in Brüssel direkt einspeisen. Dem dient zum einen das Dialogprogramm in Brüssel...Die Vorsitzende der CSU Europagruppe Frau Prof. Dr. [Angelika Niebler](#), MdEP, nahm sich dafür ebenso Zeit wie [Markus Ferber](#) und EU-Kommissar [Günther Oettinger](#) u. a... Mit Frau Prof. Niebler und [Markus Ferber](#) ist der Wirtschaftsbeirat in Brüssel und Straßburg bestens präsent".^[3]

Leugner des menschengemachten Klimawandels als Referent im Umweltausschuss

Vorsitzender im [Ausschuss für Umweltpolitik](#) ist Dr. Peter von Zumbusch, Vorsitzender der Initiative [ChemDelta Bavaria](#) und Standortleiter der Wacker Chemie AG in Burghausen. Dessen Vorgänger als Vorsitzender des Ausschusses für Umweltpolitik war Bernhard Langhammer, Pressesprecher der Initiative [ChemDelta Bavaria](#). Bei einer Online-Veranstaltung des Ausschusses vom 10.03.2021 zum Thema „Unerwünschte Wahrheiten - Klima- und Energiepolitik auf dem Prüfstand“ trat als einziger Referent [Fritz Vahrenholt](#) auf, dessen Thesen schon seit Jahren als widerlegt gelten und von Wissenschaftlern als „kompletter Unsinn“ bezeichnet werden.^{[4][5]} Moderiert wurde die Veranstaltung von Bernhard Langhammer.^[6]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Generalsekretär

Generalsekretär ist Michael Hinterdobler, ehem. Leiter der Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union^[7]

Präsidium

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Präsidentin ist [Angelika Niebler](#) (CSU/MdEP), Mitglied des Präsidiums der CSU.

Foren Berlin und Brüssel

Ansprechpartner der Foren Berlin und Brüssel sind^[8]:

Alexander Radwan (Forum Berlin), MdB (CSU), Anwalt bei [Waigel Rechtsanwälte](#)

[Angelika Niebler](#) (Forum Brüssel), MdEP (EVP/CSU), Präsidentin des Wirtschaftsbeirats, Anwältin bei Gibson, Dunn & Crutcher

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Veranstaltungen](#), wbu.de, abgerufen am 08.07.2019
2. ↑ [Generalversammlung 2015 Jahresbericht des Generalsekretärs](#), wbu.de, abgerufen am 11.03.2017
3. ↑ [Jahresbericht 2018](#), wbu.de, abgerufen am 17.03.2021
4. ↑ [Und sie erwärmt sich doch, Studie des Umweltbundesamtes vom April 2013, S. 110 ff.](#), umweltbundesamt.de, abgerufen am 17.03.2021
5. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Deutschen Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spektrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 17.03.2021
6. ↑ [Veranstaltungsrückblick](#) www.wbu.de, Abgerufen am 11.08.2021
7. ↑ [Organigramm](#), bayern.de, abgerufen am 09.03.2026
8. ↑ [Foren](#), wbu.de, abgerufen am 02.09.2024

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist einer der einflussreichsten Lobbyverbände in Deutschland. Er ist kein Gremium innerhalb der CDU, sondern zählt als Vorfeld-Organisation der Partei.

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Recht eingetragener Verein
sform

Tätigk Interessenvertretung der
eitsbe unternehmerischen Wirtschaft

reich gegenüber Politik, Verwaltung und

Mit einem Gesamtbudget von 20 Mio. € in 2024^[1] und engsten persönlichen Verbindungen zur Bundesregierung gehört der Wirtschaftsrat zu den mächtigsten Lobbyorganisationen in Deutschland. Vier Mitglieder des Kabinetts Merz (inkl. Merz selbst) hatten vorher Funktionärsrollen beim Wirtschaftsrat.^[2]

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordnete Christian Freiherr von Stetten (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses)^{[3][4]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war.^[5]

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags.^[6] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus.^[7]

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand.^{[8][9][10][11]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht.^[12]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Öffentlichkeit

Gründ 1963

ungsd

atum

Haupt Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44,

sitz 10117 Berlin

Lobby

büro

Lobby

büro

EU

Weba www.wirtschaftsrat.de

дресse

Inhaltsverzeichnis

1 Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	45
2 Aktivitäten	45
3 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	46
4 Geschichte	46
5 Fallstudien und Kritik	47
5.1 Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen	47
5.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	48
5.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	49
5.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	49
6 Finanzen	50
7 Zitate	50
8 Organisationsstruktur und Personal	50
9 Mitglieder	58
10 Die Landesverbände	58
11 Netzwerke	59
11.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	59
11.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	59
12 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	60
13 Einzelnachweise	60

Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderen Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt.^[13] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteiorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder.^[14]

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden [Themen](#): Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen [Positionspapieren](#) nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen.^[15] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns^{[16][17]}). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet.^[18] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen^[19]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro.^[20]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist.^[21] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrecht der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht.^[22] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte.^[23] In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht.^[24]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards".^[25]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrats war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen

Unter dem Titel „Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland“ fordert der Wirtschaftsrat in einer Pressemitteilung vom 1. Februar 2026 Kürzungen von Sozialleistungen bei gleichzeitigen Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdiener. Zu den Vorschlägen gehören:

- Senkung der Unternehmenssteuersätze
- Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 12 Monate für alle
- Streichung von Arbeitsmarktprogrammen
- Rückkehr bei der Pflegeversicherung zum Teilkaskoprinzip unter Verweis auf private Zusatzversicherungen
- Überprüfung des Leistungskatalogs bei der Krankenversicherung. So ließen sich etwa Zahnarztbehandlungen generell gut privat absichern und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen
- Unfallversicherung: Streichung von Unfällen auf Arbeitswegen aus dem Leistungskatalog
- Eine mögliche Abschaffung der Mietpreisbremse wird unter „Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland: Aufstiegsversprechen erneuern!“ erwähnt .

Quellen: ^[26]^[27]

Dennis Radtke, Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels CDU, erklärte zur Forderung, dass Beschäftigte zahnärztliche Behandlungen künftig privat versichern sollen: „Das ist sehr teuer. Wer soll das eigentlich bezahlen?“ und weiter: „Hier erklärt eine Gruppe von Superprivilegierten anderen Leuten, worauf diese verzichten sollen. Dass der Wirtschaftsrat von einer Agenda für Arbeitnehmer spricht, ist ja beinahe zynisch, mindestens aber Etikettenschwindel.“^[28] Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: „Vorschläge, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alles zugemutet werden soll, gibt es reichlich. Vorschläge, was Großverdiener und sehr Vermögende beitragen könnten, um den Sozialstaat neu aufzustellen, hört man dagegen kaum. Angeblich, weil dies der Wirtschaft schadet. Das aber ist Unsinn. Man könnte zum Beispiel bei jenen anfangen, die ohne unternehmerisches Risiko oder Managementleistung von ihrem Vermögen leben.“^[29]

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.^[30] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[6]

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner [Fritz Vahrenholt](#)^{[31][32]} als Referenten statt.^[33] Vahrenholt hat die Initiative [Rettet unsere Industrie](#) gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“^[34] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.^[35] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO₂ in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet.^[36]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler [Stefan Homburg](#) (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession"), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona.^{[37][38]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag.^[39]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann.^[40] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen.^[41] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats.^[40]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiapolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist.^[42] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiapolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit."^[43] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden."^[44] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[45] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[45]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...].“^[46] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“^[46]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[47] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.^[46]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats [Lars P. Feld](#) ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so [Feld](#).^[48] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue.^[49] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehere. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte Karolin Seitz, Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF).^[50]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „Regelungen wurden abgeschwächt“.^[51] Ein [LobbyControl](#) Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen.^[52] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat, 75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen."^[30]

[Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt."^[53]
(finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none"> • Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates • beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Thomas Saueressig	<ul style="list-style-type: none"> • SAP SE, Mitglied des Vorstands
Vizepräsidentin	Bettina Würth	<ul style="list-style-type: none"> • Würth-Gruppe, Mitglied des Stiftungsaufsichtsrats • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	<ul style="list-style-type: none"> • ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none"> • Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bank AG, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none"> • Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender • Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender (CDU/CSU-Bundestagsfraktion)
Mitglied	Karsten Wildberger	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung der Bundesrepublik Deutschland (CDU)
ehem. Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger ^[54]	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Dr. Michael Strugl, Christian W.E. Haub, Bonita Grupp, Joachim Gemmel	

(Stand: April 2026) ^[55]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 51 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer

Name	Tätigkeit
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Google Germany GmbH, Vice President EMEA North
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	ENGIE, Director for European Affairs
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG, Mitglied des Vorstands

(Stand: April 2026) ^[56]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 20 Bundesfachkommissionen, 3 Europäische Fachkommissionen, 12 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Joachim Reinke	Union Asset Management Holding AG, Vorstandsvorsitzender
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von Lackum	LEG Immobilien SE, CEO
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Gründer und Vorstand
Digital Health	Frank Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Tillmann von Schroeter	Vaillant Deutschland, Geschäftsführer
Energiepolitik	Nikolaus Valerius	RWE Generation SE, COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Diederichs	BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, CEO
Gesundheitswirtschaft	Joachim Gemmel	Asklepios Kliniken Hamburg GmbH, CEO
Handel, Ernährung und Verbraucherschutz	Christoph Pohl	Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
Handel und Konsumgüter	Christoph Werner	dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
Industriebeirat	Tobias Jerschke Petra	Kuehne & Nagel AG & Co. KG, Vorsitzender der Geschäftsführung

Bundesfachkommission

Innovationsforum

Internationaler Kreis

Digitale Transformation

Künstliche Intelligenz und
Wertschöpfung 4.0

Plattformökonomie

Steuern

Umwelt- und Klimapolitik

Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0

Vorsitz

Justenhoven

Jürgen
Geißinger

Florian Roth

Christian Korff

Albrecht von
Sonntag

Ulrich
Ackermann

Detlev Wösten

Werner Kook

Unternehmen

PwC, Sprecherin der Geschäftsführung

Bizerba SE & Co. KG, Vorsitzender des
Aufsichtsrates

SAP SE, CIO & CDO

Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung

idealo internet GmbH, Beirat

KPMG AG, Vorstand Tax

H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer

Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter

(Stand: April 2026) ^{[57][58]}

Die Europäischen Fachkommissionen

Europäische Fachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Finance	Norbert Winkeljohann	Bayer AG, Vorsitzender des Aufsichtsrats
Digital Age	Lars Reger	NXP Semiconductors Germany GmbH, CTO
Energy	Michael Strugl	VERBUND AG, Vorstandsvorsitzender

(Stand: April 2026) ^[58]

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe

Energie für
Mobilität

Digital Finance

Digitale
Infrastruktur

Krankenhaus

Medienwirtschafts
politik

Pflege

Private

Vorsitz

Gero Schulze

Karl Matthäus
Schmidt

Valentina
Daiber

Michael
Dieckmann

Markus
Breitenecker

Thomas
Eisenreich

Unternehmen

Bernard Krone Beteiligungs GmbH, Geschäftsführer

Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender

Telefónica Germany GmbH & Co. OHG, Vorstand Recht und Corporate
Affairs

AMEOS Gruppe, CDO

ProSiebenSat1 Media SE, COO

Home Instead GmbH, Geschäftsführer

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Raumfahrt	Max Gulde	constellr GmbH, CEO
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Yannik Bury	MdB CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Mitglied des Haushaltsausschusses
Staatsmodernisierung	Marc Reinhardt	Capgemini Deutschland GmbH, Executive Vice President, Public Sector Global Industry Leader
Start-ups meet finance	Stefan Drüssler	UnternehmerTUM GmbH, COO

(Stand: April 2026) ^[58]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Christian Lindner (FDP), in dessen Zeit als Bundesfinanzminister. Ein neues Mitglied ist Stefan Kooths, Vorstandsvorsitzender der libertären [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), die der AFD nahe steht, und Leugnern des menschengemachten Klimawandels sowie Gegnern der ökologischen Energiewende ein Forum bietet.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Mont Pelerin Society, Mitglied
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch-Supan	<ul style="list-style-type: none"> • "Munich Center for the Economics of Aging" (MEA), einer Abteilung des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik, Leiter^[59] • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats^[60] • Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied
Tanja Börzel	Freie Universität, Leiterin des Otto Suhr Institute for Political Science
Alexan	<ul style="list-style-type: none"> • Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Inhaber des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik

Mitglieder	Akademische Position
der Eisenkopf	<ul style="list-style-type: none"> • Denkfabrik R21, Mitglied im Expertenrat für Klima und Energie • Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats^[61] • rechtslibertären Blog „Achse des Guten“, Autor^[62]
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> • ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident • Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats • Ernst & Young, Vorsitzender des Aufsichtsrats^[63]
Wolfgang Greiner	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" • Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
Veronika Grimm	<ul style="list-style-type: none"> • Technische Universität Nürnberg, Leiterin des Energy Systems und Market Design Lab • Hemholtz-Gemeinschaft, Senatorin für den Forschungsbereich "Energie"^[64] • Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Mitglied des Vorstands^[65] • "The Pioneer", Herausgeberin^[66] • Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Mitglied • Sachverständigenrat für Verbraucherfragen (SVRV), Mitglied • Siemens Energy, Mitglied des Aufsichtsrats • H2 Potential, Mitglied des Projektbeirats, in dem auch Christian Tollmien von Siemens Energy sitzt • Nationaler Wasserstoffrat, Mitglied • E.ON Stiftungsbeirat, Mitglied • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Trägerin des mit 10 Tsd. Euro dotierten Arthur Burkhardt-Preises 2023^[67] • Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung (diese hat keine Verbindung zur Hayek-Gesellschaft), Teilnehmerin an der Podiumsdiskussion „Ist die Energie- und Klimakrise nur mit Planwirtschaft zu lösen? Sind wir auf dem Weg in die Klimaknechtschaft?“^[68] • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, designierte Preisträgerin der Hayek-Medaille^[69] • Beraterin von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> • Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance • BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats • Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission

Mitglieder	Akademische Position
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
Holger Hanselka	Fraunhofer Gesellschaft, Präsident
Justus Haucap	<ul style="list-style-type: none"> • Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor • ECONWATCH, Präsident • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Verband Der Mittelstand BVMW, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats • Institut für Glücksspiel und Gesellschaft, gefördert vom Verband der Deutschen Automatenindustrie (VDAl), Mitglied des Direktoriums • Berater von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> • Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern • Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands • Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
Friedrich Heine mann	ZEW Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft
Oliver Holtemöller	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IHW), Stellv. Präsident
Kai Konrad	Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, Direktor
Stefan	<ul style="list-style-type: none"> • Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am Kiel Institut für Weltwirtschaft, Direktor • BSP Business and Law School Berlin, Professor für Volkswirtschaftslehre^[71] • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Vorsitzender des Vorstands • Javier Milei Institut: Mitgründer • Mises Institute, Mitglied • Mont Pelerin Society, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Kooths [70]	<ul style="list-style-type: none"> • Internationaler Wirtschaftssenat, Mitglied des Präsidiums • Liberales Institut Zürich, Mitglied im Akademischen Beirat • Denkfabrik R21, Mitglied im Expertenrat für Klima und Energie
Jan Pieter Krahn [72]	<ul style="list-style-type: none"> • Leibniz-Instituts für Finanzmarktforschung SAFE, Gründungsdirektor em. • Goethe-Universität Frankfurt, Professor em. für Kreditwirtschaft und Finanzierung • Centre for Economic and Policy Research (CEPR), Research Fellow^[73]
Jürgen Kühling	Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht
Stefan Kolev ^[74]	<ul style="list-style-type: none"> • Westsächsische Hochschule Zwickau, Professor für Wirtschaftspolitik • Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft der Ludwig-Erhard-Stiftung, Wissenschaftlicher Leiter • Friedrich-Naumann-Stiftung, Mitglied des Kuratoriums • Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Forums Marktwirtschaft • Mont Pelerin Society, Mitglied • Walter Eucken Institut, Mitglied • Bulgarische Hayek Stiftung, Mitglied • Hayek Institute Romania, Mitglied im Akademischen Beirat • Berater von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
Sarah Necker	Ludwig Erhard ifo Zentrum für Soziale Marktwirtschaft, Leiterin
Jörg Rochol	ESMT Berlin, Präsident
Jens Strücker	Universität Bayreuth, Professor für Wirtschaftsinformatik und Digitales Energiemanagement
Volker Tolkmitt	Hochschule Mittweida, Rektor

(Stand: März 2026) ^[75]

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates.^[76] Bundesvorsitzender ist seit 2025 Ferdinand Herfeldt.^[77] In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten^[78] und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung AG](#)).^[79] Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979^[80] veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft".^[81]

Mitglieder

Der Wirtschaftsrat macht seine Mitglieder selbst nicht transparent. Laut Satzung können sowohl natürliche Personen, als auch Unternehmen und Unternehmensverbände Mitglied werden.

Im deutschen Lobbyregister finden sich (Stand Juli 2025) 473 Unternehmen oder Verbände, die angeben, Mitglied im Wirtschaftsrat zu sein. Darunter sind zum Beispiel:

- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- [BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [VKU - Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband deutscher Banken](#)
- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#)
- [Deutscher Bauernverband](#)
- [BASF SE](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Huawei](#)
- [Rud Pedersen Public Affairs Germany](#)
- [Bayer AG](#)
- [Microsoft Deutschland](#)
- [BMW](#)
- [Rheinmetall AG](#)

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat [Sektion New York](#), in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Grajetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. ^[54]

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde^[82]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU](#), [Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- Christoph Werner (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[83] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Jahresabschluss 2024 des Wirtschaftsrats](#) lobbyregister.de, abgerufen am 02.07.2025
2. ↑ [Lobbypersonal: Interessenkonflikte am Kabinetttisch](#) www.lobbycontrol.de vom 30.05.2025, abgerufen am 18.06.2025
3. ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
4. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.
5. ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#),faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
6. ↑ ^{6,06,1} [Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#),wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
7. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
8. ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
9. ↑ [Landesverband Bremen](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
10. ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023
11. ↑ [Landesverband Hamburg](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
12. ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
13. ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
14. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
15. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
16. ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz er Nationalstaaten überschritten](#), wirtschaftsrat.de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
17. ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
18. ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
19. ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
20. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
21. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022

22. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
23. ↑ [Pressemitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
24. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), twitter. com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
25. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
26. ↑ [Wirtschaftsrat fordert Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02-02.2026
27. ↑ [Der CDU-Wirtschaftsrat will eine Agenda für die Reichsten](#), surplusmagazin.de vom 03.02.2026, abgerufen am 03.02.2026
28. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
29. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
30. ↑ ^{30,030,1} [Jahresbericht 2019 S.6](#), wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
31. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
32. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
33. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
34. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
35. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023
36. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
37. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
38. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikanter Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
39. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
40. ↑ ^{40,040,1} [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
41. ↑ Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München 2020, S. 182 ff.
42. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
43. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
44. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
45. ↑ ^{45,045,1} ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.
46. ↑ ^{46,046,146,2} [Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
47. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
48. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
49. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.

50. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) [lieferkettengesetz.de](#) vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
51. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) [tageschau.de](#) vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
52. ↑ [Haushalt 2022](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 29.12.2023
53. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), [finanznachrichten.de](#) vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
54. ↑ ^{54,054,1} [Jahresbericht 2020, S. 13](#) [wirtschaftsrat.de](#) vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
55. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 01.04.2026
56. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 01.04.2026
57. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ ^{58,058,158,2} [Themen des Wirtschaftsrates](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 07.04.2026
59. ↑ [Geschichte](#), [mpisoc.de](#), abgerufen am 16.03.2026
60. ↑ [Jahresbericht 2023 Amundi Aktien Rohstoffe](#), abgerufen am 02.01.2024
61. ↑ [Curriculum Vitae](#), [zeppeelin-university.com](#), abgerufen am 12.04.2026
62. ↑ [Autorenseite](#), [achgut.com](#), abgerufen am 12.04.2026
63. ↑ [Unser Aufsichtsrat](#), [ey.com](#), abgerufen am 18.03.2025
64. ↑ [Prof. Dr. Veronika Grimm](#), [helmholtz.de](#), abgerufen am 20.03.2026
65. ↑ [Organe der Gesellschaft](#), [dpag.org](#), abgerufen am 20.03.2026
66. ↑ [Ökonomin Veronika Grimm wird Herausgeberin bei „The Pioneer“](#), [deutschlandfunk.de](#) vom 27.01.2026, abgerufen am 20.3.2026
67. ↑ [Wirtschaftsweiser Veronika Grimm](#), [deutsches-stiftungszentrum.de](#), abgerufen am 20.03.2026
68. ↑ [Symposium in Wien: 80 Jahre zur Knechtschaft](#), [hayek-stiftung.de](#) vom 24.04. 2024, abgerufen am 20.03.2026
69. ↑ [Hayek Tage 2026](#), [hayek.de](#), abgerufen am 19.03.2026
70. ↑ [Curriculum Vitae](#), [kooths.de](#), abgerufen am 17.03.2026
71. ↑ [Stefan Kooths](#), [businessschool.de](#), abgerufen am 21.03.2026
72. ↑ [Jan Pieter Krahen - Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE](#), abgerufen am 01.04.2026
73. ↑ [Jan Pieter Krahen - CEPR](#), abgerufen am 01.04.2026
74. ↑ [Stefan Kolev](#), [stefan-kolev.de](#), abgerufen am 17.03.2026
75. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 16.03.2026
76. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
77. ↑ [Ergebnisse der Vorstandwahl des Jungen Wirtschaftsrats 2025](#) [wirtschaftsrat.de](#) vom 25.10.2025, abgerufen am 01.04.2026
78. ↑ [Landesverbände](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
79. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
80. ↑ [Unsere Geschichte](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
81. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
82. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
83. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), [wirtschaftsrat.nsf](#) vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021

Wirtschaftsforum der SPD

Das im Februar 2015 gegründete **Wirtschaftsforum der SPD** e.V. bezeichnet sich selbst als „unabhängiger unternehmerischer Berufsverband“, ^[1] in welchem Unternehmensmitglieder und sozialdemokratische Verantwortungsträger:innen aus Parlamenten, Regierungen und Parteigliederungen in Bund, den Ländern und Europa in den Austausch treten können. Mit Blick darauf verwies der ehemalige Bundeswirtschafts- und Außenminister, **Sigmar Gabriel**, auf die „lange unternehmerische Tradition“ der SPD. Der damalige Präsident und Gründer des Wirtschaftsforums sowie ehemaliger Vorstandsvorsitzender der **TUI AG**, **Michael Frenzel**, sagte laut einem Bericht vom *SPIEGEL*, dass der gemeinsame Nenner zwischen den im Forum organisierten Wirtschaftsvertretern und der SPD darin liege, dass Wirtschaft immer auch dem „Gemeinwohl verpflichtet“ sei. ^[2] Mit der Gründung des Wirtschaftsforums hat sich Frenzel die Aufgabe gesetzt, die Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert weiterzuentwickeln und zu fördern, wobei er „nachhaltigen und innovativen ökonomischen Erfolg als Ergebnis des Zusammenwirkens von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt“ betrachtet. ^[3]

Wirtschaftsforum der SPD

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Forum, in dem Vertreter der Wirtschaft und SPD-Politiker sich austauschen und zusammenwirken

Gründungsdatum Februar 2015

Hauptbüro Dorotheenstraße 35, 10117 Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse spd-wirtschaftsforum.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	64
2 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	64
2.1 Mitglieder	64
2.2 Präsidium	65
2.3 Wissenschaftlicher Beirat	66
2.4 Politischer Beirat	66
2.5 Fachforen	66
3 Fallbeispiele und Kritik	67
3.1 Lobbyverband mit Nähe zur Sozialdemokratie	67
4 Weiterführende Informationen	67
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	67
6 Einzelnachweise	67

Lobbystrategien und Einfluss

Laut § 2 Nr. 2 der [Satzung](#) stellt der Verein seinen Mitgliedern zur "Koordination der Berufs- und Standesinteressen [...] eine Vielzahl von Vortrags-, Diskussions- und Veranstaltungsformaten zu allen wirtschaftspolitischen Belangen bereit. Der Vereinszweck wird darüber hinaus durch den Austausch und die Zusammenarbeit mit Parlamenten, Behörden und sonstigen Einrichtungen sowie einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch die Veröffentlichung und Verbreitung erarbeiteter Positionspapiere und sonstiger Forschungs- und Arbeitsergebnisse verwirklicht."

In den [Fachforen](#) entstehen die Standpunkte, mit denen sich das Wirtschaftsforum in der Öffentlichkeit positioniert und die es in den politischen Raum hinein transportieren will. Die einzelnen Fachforen und ihre Leiter:innen sind weiter unten in diesem Artikel aufgelistet.

Finanzierung

Das Wirtschaftsforum der SPD finanziert sich größtenteils aus [Mitgliedsbeiträgen](#) der rund 400 Mitglieder. Finanzielle, operative oder strukturelle Verbindungen gibt es nicht. Der Mittelabfluss zu einer politischen Partei ist laut Satzung untersagt. ^[4] Das Wirtschaftsforum veröffentlicht jährlich einen Geschäftsbericht, in dem die Sponsoren gelistet sind. Der Sponsoringbericht aus dem Jahr 2021 findet sich [hier](#). Genaue Summen pro Sponsor sind dabei nicht angegeben.

Eintrag im Lobbyregister

Im deutschen Lobbyregister gibt das Wirtschaftsforum der SPD e.V. an, (Stand: 27.07.2022):

- im Jahr 2021 410.000 bis 420.000 € für Lobbyarbeit auszugeben
- 11-20 Beschäftigte im Bereich der Interessenvertretung
- 10 namentlich benannte Lobbyist:innen ([zum Registereintrag](#)).

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Mitglieder

Die Mitglieder benennt das Wirtschaftsforum der SPD auf seiner Website nicht. Mit Stand 29.07.2022 ist die entsprechende Unterseite leer. ^[5]

Im deutschen Lobbyregister geben 169 Organisationen an, Mitglied im SPD-Wirtschaftsforum zu sein. ^[6]
Darunter z.Bsp.:

- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Mercedes-Benz](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Uniper](#)
- [Google](#)
- [Amazon](#)
- [RWE](#)
- [EUTOP](#)

- Zentraler Immobilien Ausschuss (ZIA)
- [Philip Morris](#)

Präsidium

Ines Zenke (Präsidentin) ^{[7][8]}

- Wirtschaftskanzlei **Becker Büttner Held** (BBH-Gruppe), Rechtsanwältin und geschäftsführende Mitinhaberin
- **Bundesverband der Wirtschaftskanzleien**, Mitglied im Vorstand
- Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK) der Bundesregierung, ehm. ordentliches Mitglied (2016)
- zuletzt 2021 regelmäßige Sachverständigentätigkeit im Bundestag zu *carbon leakage*

Heiko Kretschmer (Schatzmeister) ^[9]

- Kommunikationsberatung **Johanssen + Kretschmer**, Gründer und Managing Partner
- **Deutsche Gesellschaft für Politikberatung**, Ethikbeauftragter und Schatzmeister

Susanne Knorre (Vizepräsidentin) ^[10]

- **RÜTGERS Germany GmbH**, **STEAG GmbH**, **NordLB**, **Salzgitter AG**, **Deutsche Bahn**, Aufsichtsrätin
- Professorin für Unternehmenskommunikation an der Hochschule Osnabrück
- Unternehmensberaterin (Management, Kommunikation, Strategie- und Organisationsentwicklung)
- ehem. niedersächsische Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr (2000-2003)

Matthias Machnig (Vizepräsident) ^[11]

- Unternehmensberater, bei **InnoEnergy** und **Macquarie** ([Seitenwechsler in Deutschland im Überblick](#))
- ehem. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (bis 04/2018); bis 2013 war Machnig Wirtschaftsminister in Thüringen und davor als Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen tätig

Philipp Schlüter (Vizepräsident) ^[12]

- **TRIMET Aluminium SE**, Vorstandsvorsitzender
- **Wirtschaftsvereinigung Metalle**, Mitglied des Präsidiums und des Vorstands
- **Aluminium Deutschland EV.**, Mitglied des Präsidiums
- Europäische Wirtschaftsvereinigung **European Aluminium**, Vice-Chairman des Executive Committee

Michael Wiener (Vizepräsident) ^[13]

- **Duales System Holding GmbH & Co. KG (DSD)**, Mitglied der Geschäftsführung und Vorsitzender
- Unternehmensgruppe **Der Grüne Punkt**, CEO
- **kunststoffland NRW e.V.**, Vorstand
- Arbeitsgemeinschaft **Verpackung + Umwelt e.V. (AGVU)**, Vorstand

Neben dem geschäftsführenden Präsidium, gehören auch die Mitglieder des erweiterten Präsidiums zum Präsidium des Wirtschaftsforums der SPD e.V., darunter: [Oliver Burkhard](#), [Sabina Jeschke](#), [Heinz Kreuter](#) und [Hiltrud Dorothea Werner](#). Die Ehrenpräsidenschaft obliegt dem Mitgründer und ehem. Präsidenten des Wirtschaftsforums, [Michael Frenzel](#).

Stand: 07/2022, Quelle: ^[14]

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates sind [hier](#) abrufbar.

Politischer Beirat

Die Mitglieder des Politischen Beirates sind [hier](#) abrufbar.

Fachforen

Arbeitswelt, Tarifpartnerschaft & Integration: Leiterin ist [Barbara Loth](#), Rechtsanwältin ^[15]

Digitales: Leiter ist [Boris von Chlebowski](#), Mitglied der [Accenture](#)-Geschäftsführung ^{[16][17]}

Energie & Klima: Leiterin ist [Ines Zenke](#) (s.o.) und Leiter ist [Christian Heine](#), Sprecher der Geschäftsführung der Hamburger Energiewerke GmbH ^[18]

Europa & Außenwirtschaft: Leiterin ist Corinna Schulze, Direktorin für EU Government Relations/Digital Government, SAP ^[19]

Finanzen und Kapitalmarkt: Leiter sind [Peter Gassmann](#), Managing Director und Sprecher der Geschäftsführung von Strategy& (PwC) und [Peter Güllmann](#), Vorstandssprecher bei BIB (Bank im Bistum Essen eG) ^[20]

Gesundheitswirtschaft: Leiter ist [Christian Clarus](#), Director Government Affairs bei B. Braun Melsungen AG ^[21]

Handel & Konsumgüter: Leiter ist [Stefan Giffeler](#), Geschäftsführer und Leiter der Hauptstadtrepräsentanz der [Schwarz Gruppe](#) ^[22]

Kommunales: Leiter ist [Alexander Götz](#), stellvertretender Hauptgeschäftsführer und Leiter der Abteilung Energiewirtschaft beim [Verband kommunaler Unternehmen](#) (VKU) ^[23]

Kultur & Kreativwirtschaft: Leiter ist [Heiko Kretschmer](#) (s.o.) ^[24]

Mobilität & Infrastruktur: Leiter ist [Thomas Schwarz](#), Leiter für Government Affairs bei [Audi AG](#), wo er u. a. von 2010 bis 2013 den [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA) in der Koordinierungsstelle Elektromobilität unterstützte ^[25]

Ressourcen & Nachhaltigkeit: Leiterin ist [Margit Conrad](#), bis 2014 Staatsministerin des Landes Rheinland-Pfalz, ehemalige rheinland-pfälzische Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz ^[26] und Leiter ist [Ralph Müller Beck](#), Leiter des kommunalen Vertriebsmanagements Nord und des Bereichs Public Affairs bei [REMONDIS GmbH & Co. KG](#) ^[27]

Stadtentwicklung, Bau & Immobilien: Leiter ist [Andreas Breitner](#), Vorstand und Verbandsdirektor vom [Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen](#) ^[28]

Tourismus: Leiter ist [Dirk Inger](#), Hauptgeschäftsführer des [Deutschen ReiseVerband](#) (DRV) und zuvor Leiter der Unterabteilung Klima- und Umweltpolitik und Elektromobilität im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) ^[29]

Stand: 07/2022

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyverband mit Nähe zur Sozialdemokratie

Der frühere Schatzmeister des Wirtschaftsforums, [Harald Christ](#), organisierte Dinner-Treffen mit SPD-Politikern und Wirtschaftsvertretern. Der damalige Chef der [SPD](#) in NRW, [Michael Groschek](#), traf sich in diesem Rahmen etwa im Februar 2018 mit Vertretern mehrerer großer Energieunternehmen. Christ sagte, es ginge darum, „Wirtschaftsleute als Mitglieder“ zu gewinnen. In einem Artikel vom *stern* wird zudem kritisiert, dass dank der Mitgliedsbeiträge von Unternehmen auch eine Zugangsmöglichkeit zu SPD-Politikern innen eröffnet wird und das Wirtschaftsforum hinsichtlich der Sponsorengelder keine vollständige Transparenz bietet. ^[30]

In einem ausführlichen [Artikel](#) von *LobbyControl* geht es um wirtschaftsnahe Organisationen (wie das Wirtschaftsforum der SPD), die sich im Vorfeld von Parteien gegründet haben und einen direkten Lobby-Zugang zu Parteien ermöglichen.

Weiterführende Informationen

- [Wirtschaftsnahe Vorfelddorganisationen: Direkter Lobby-Zugang zu Parteien | LobbyControl](#)
- Video über die [Aufaktveranstaltung des SPD-Wirtschaftsforums](#).

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
2. ↑ [SPD-Wirtschaftsforum mit Sigmar Gabriel: Genosse begrüßt Bosse](#) www.spiegel.de, vom 14.04.2015, abgerufen am 27.07.2022
3. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022

4. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
5. ↑ [Mitglieder](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 29.07.2022
6. ↑ [Lobbyregister: Mitgliedschaften im Wirtschaftsforum der SPD](#) www.lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.07.2022
7. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
8. ↑ [Expert*innen - BBH Gruppe](#) www.die-bbh-gruppe.de, abgerufen am 22.07.2022
9. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
10. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
11. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
12. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
13. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
14. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
15. ↑ [Arbeitswelt, Tarifpartnerschaft und Integration - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
16. ↑ [Digitales - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
17. ↑ [Boris von Chlebowski | Accenture](#) www.accenture.com, abgerufen am 27.07.2022
18. ↑ [Energie und Klima - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
19. ↑ [Europa und Außenwirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
20. ↑ [Finanzen und Kapitalmarkt - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
21. ↑ [Gesundheitswirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
22. ↑ [Handel und Konsumgüter - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
23. ↑ [Kommunales - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
24. ↑ [Kultur- und Kreativwirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
25. ↑ [Mobilität und Infrastruktur - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
26. ↑ [Margit Conrad - Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE](#) www.arbeit-umwelt.de, abgerufen am 27.07.2022
27. ↑ [Ressourcen und Nachhaltigkeit - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
28. ↑ [Stadtentwicklung, Bau und Immobilien - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
29. ↑ [Tourismus - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
30. ↑ [SPD-Wirtschaftsforum will Sponsoringsummen nicht im Detail offenlegen](#) www.stern.de, vom 09.04.2019, abgerufen am 27.07.2022